

Wöchentlich 70 Pf., monatlich 2.— M. Im Voraus zahlbar, Vollbetrag 1,75 M. abzgl. Postgebühr, Auslandsenden- ment 3,50 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent- lich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Nachtliche Beilage“, „Nacht und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Liedert“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Berater“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Verkehrs auf die Hauptverkehrs- linien hat zu einer Verengung der Verkehrswege geführt, die für den Verkehr zwischen den kleineren Orten und den abgelegenen Gegenden ungünstig ist. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Verkehrswege zu erweitern und zu verbessern. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Verkehrswege zu erweitern und zu verbessern.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Betreiber: Ebnhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37 556 — Bankkonten: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Berlin, 65. Diskontogesellschaft, Depotkassen Lindenstr. 3

Keine Einigung in Sachsen.

Der Kampf geht weiter.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der sächsischen Metallindustrie, die gestern und vorgestern im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Beide Parteien hatten bekanntlich die Schiedsprüche abgelehnt. Der Versuch des Reichsarbeitsministeriums, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, scheiterte von vornherein an der Haltung der Unternehmer. Da eine Verbindlichkeitsklärung nicht beantragt worden ist, kann eine solche auch nicht in Frage kommen. Auch tarifrechtliche Bedenken sprechen übrigens gegen eine Verbindlichkeitsklärung. Akkordberechnung und Lohnunterstützung sind im Manteltarif fest-

gelegt. Ein Manteltarif besteht aber nicht mehr. Den Schiedsprüchen fehlt also die Grundlage.

Die Arbeiter stehen nunmehr seit drei Wochen schon im Bohnenkampf und sind entschlossen, auch in Sachsen die Löhne zu erringen, die in anderen Tarifgebieten der Metallindustrie bereits gezahlt werden. In der sächsischen Metallindustrie können ausreichende Löhne gezahlt werden. Wir erinnern nur an den Maschinenbau für das Buchdruckgewerbe in Leipzig, an die Chemnitzer Textilmaschinenindustrie, an den sächsischen Werkzeugmaschinenbau, die alle führenden Gruppen für die Ausführung sind. Die sächsische Metallindustrie kann also ausreichende Löhne zahlen. Sie wird sie zahlen müssen.

Unter der Knute Moskaus.

Schwere Zerwürfnisse bei den französischen Kommunisten über die Stichwahltaktik

V. Sch. Paris, 26. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die heute bekanntgemachten neuen Bezirkserklärungen be- rühren fast durchweg, daß das Zusammengehen der Linksparteien in ganz Frankreich fast einhellig ist.

Sehr unklar und merkwürdig ist die Situation im Elsaß, wo Kommunisten und Autonomisten geheime Ab- machungen getroffen zu haben scheinen. Offiziell halten zwar die Kommunisten ihre Kandidaten aufrecht, aber unter der Hand geben sie ihren Anhängern die Parole, für die Autonomisten zu stimmen, um die Sozialisten ins Fall zu bringen. In Straßburg ist ein Autonomist zurückgetreten, offenbar um seine Stimmen dem kommunistischen Kandidaten gegen den sozialistischen Kandidaten Georg Bessi zuzuwenden.

Die Moskauer Taktik hat

Schwere Zerwürfnisse in der kommunistischen Partei

bewirkt. Darüber erfährt man Einzelheiten, weil leitende Kommu- nisten in ihrer Empörung aus der Schule zu plaudern beginnen. Durch solche Mitteilungen ist Genosse Le Troquer in der Lage, nähere Einzelheiten über die Berliner Auseinander- setzung anzugeben. Le Troquer teilt zunächst berichtend in seiner Rede auf dem Bezirksparteitag mit, daß es nicht Dimitroff, sondern Manuilliti war, der die Beschwerde von Renaud-Jean schroff zurückgewiesen hat. Ergänzend fügt Le Troquer hinzu, daß außer Renaud-Jean auch der geschätzte Abg. Doriot an diesem Versuch teilgenommen hat, Moskau umzustimmen. (Doriot ist dann kurz vor der Wahl nach Frankreich zurückgekehrt und nach einer Wahl- versammlung in Valenciennes verhaftet worden.) Die Zeitschrift „La Lumière“ (Das Licht) wird in der nächsten Nummer weitere Einzelheiten veröffentlichen, die so präzis sind, daß sie kaum er- staunen können. Danach ist die Aussprache in der Botchaft unter den Linden sehr erregt gewesen. Renaud-Jean wollte, da man seine Argumente nicht anhören wollte, noch am selben Abend nach Moskau weiterreisen in der Hoffnung, dort mehr Verständnis zu finden. Doch wurde ihm kategorisch erklärt, daß er kein Ein- reißevogel nach Sowjetrußland erhalten würde! Der Franzose versuchte nun den Russen klar zu machen, daß es doch

Im Interesse der Sowjetregierung

liege, wenn die Linksparteien in der nächsten Kammer nicht ge- schwächt wären, denn die Rechtsparteien seien für den diplomatischen Bruch mit Sowjetrußland. Darauf erfolgte die Antwort: „Wir kennen besser als ihr Franzosen die Interessen Sowjetrußlands,“ worauf Renaud-Jean erwiderte: „Wir aber kennen besser als ihr Russen die Lage in der französischen Arbeiterbewe- gung.“ Darauf wurde mit der Ausschlussandrohung aus der kommunistischen Internationale grantwortet und Renaud-Jean mußte mit leeren Händen nach Paris zurückkehren.

Marcel Cachin und Boissant-Couturier, in deren Auftrag er gefahren war, erfuhren im Santé-Gefängnis, wo sie damals beide saßen, von der Erfolglosigkeit der Bemühungen Renaud-Jeans und ließen Semard, den Generalsekretär der kommunistischen Partei, zu sich kommen. Sie machten einen fürchtbaren Krach und drohten mit der Gründung einer neuen kommunistischen Partei, falls sie infolge der angeordneten Stichwahltaktik durchfallen würden.

Semard antwortete, daß der Beschluß über die Wahltaktik der fran- zösischen Kommunisten einstimmig von 82 in der Moskauer Exekutive sekretierten Parteien gefaßt worden sei.

Cachin antwortete: „Wir sind die 82 Parteien der Kommu- nistischen Internationale Wurst, weil ihr Beschluß der Kommu- nistischen Partei Frankreichs den Todesstoß versetzt! Wie werden daraus eine Prinzipienfrage machen, von der die weitere Zu- gehörigkeit der französischen Partei zur kommunistischen Inter- nationale abhängen wird.“

Semard antwortete mit einer Ausschlussandrohung und neckte sich während des Gefängnis.

Die „Humanité“ hat bisher an wenig auffallenden Stellen ein kurzes und laches Dementi veröffentlicht, in dem sie bestreitet, daß Renaud-Jean und Dimitroff miteinander gesprochen hätten. Die „Lumière“ erklärt aber, alle Dementis seien zwecklos, denn bald würden die infolge des Beschlusses Moskaus durchgefallenen kommunistischen Kandidaten aus der Partei austreten und in aller Öffentlichkeit reden.

Gegen den Hungerblock!

Scharfer Protest des Hamburger Parlaments.

Hamburg, 26. April. (Eigenbericht.)

Ja der Hamburger Bürgerschaft kam es am Mittwochabend bei Befragung einer Anfrage über die Stellung Hamburgs zur Herab- setzung des Gefrierfleischkontingents zu einer wichtigen Demonstration gegen die Politik des Beih- bürgerblocks. Die Herabsetzung des Gefrierfleisch- kontingents wurde von der übergroßen Mehrheit der Bürger- schaft in scharfer Weise verurteilt.

Nicht nur die Vertreter der Linksparteien, sondern auch die Sprecher der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei kenn- zeichneten die verheerenden Wirkungen der Gefrierfleisch- herabsetzung und übten Kritik an der Maßnahme der Bürgerblock- regierung. Unter wiederholter Zustimmung der übergroßen Mehr- heit des Hauses wies der sozialdemokratische Redner Ehrenreit nach, daß die vom Beihbürgerblock angegebenen Gründe, Verminder- ung der Not der Landwirtschaft, eitel Spiegelschere seien. Die Bürgerblockregierung habe aber auch gegen Freu und Gläubigen verstoßen, denn der Hamburger Produktion sei, als sie seinerzeit die deutsche Gefrierfleischimporte organisierte und daher kostspielige Einrichtungen schuf, vom damaligen Reichs- ernährungsminister König versprochen worden, daß das Kon- tingent bis 1933 aufrechterhalten werde.

Unter dem Eindruck der Kritik sah sich sogar die völksparteiliche Rednerin veranlaßt, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Reichs- regierung sich bald von dem Notstand der großstädtischen Bevölke- rung überzeugen und wieder eine Heraushebung des Ge- frierfleischkontingents vornehmen werde. Mit Aus- nahme der deutschnationalen Fraktion, die nur etwa ein Viertel der Bürgerschaftsstimme inne hat, hat sich also das gesamte ham- burgische Parlament scharf gegen die Hungerpolitik des Bürgerblocks ausgesprochen.

Elektrizität und Sowjetmacht.

Die große Errungenschaft des Bolschewismus — die Elektrifizierung.

Von Vladimir Boyinski.

In diesem einen Punkte sind — mit wenigen Aus- nahmen — alle Rußlandreisenden einig: die Wirtschaftspol- itik der Bolschewisten kann bestimmte Mängel aufweisen, die Zweckmäßigkeit ihres Handelssystems kann Zweifel er- regen, dieses alles gibt man — wenn auch ungern — zu; in einer Hinsicht haben aber die Sowjets auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung etwas ganz hervorragendes ge- leistet — nämlich bei der Elektrifizierung!

Kein Thema wird in den bolschewistischen illustrierten Blättern so häufig berührt wie die russischen Elektrizitäts- werke. Wer hat die Photographien vom Wolchowstroi und Dnjeprostroi nicht bewundert? Wer war nicht gerührt durch das Bild des russischen Dorfes, durch das die stramm- gezogenen Elektrizitätsleitungen in die Weite laufen? Oder durch das andere Bild: eine Bauernstube, Lenins Porträt an der Wand, die ganze Familie um den Tisch gesammelt, auf dem ein zehnjähriger Junge in den Strahlen einer Glühlampe die „Pravda“ liest? Unterschrift: „Vormarsch der Elektrifizierung auf dem flachen Lande.“

Auch den Reisenden in Rußland wird recht viel Elek- trizität vorgeführt, und schließlich gewinnen sie die Ueber- zeugung, daß die Bolschewisten die Elektrizität — wenn nicht gerade erfunden — so jedenfalls als erste in Rußland ein- geführt haben. Freilich stimmt diese Auffassung mit der geschichtlichen Wahrheit nicht überein, weil man in Rußland über die Elektrizität auch vor den „10 Tagen, die die Welt erschütterten“, informiert war (so wurde z. B. die erste elektrische Unterwasserleitung auf dem Boden von Nema im Jahre 1912 gelegt). Wahr ist aber, daß die Bolschewisten der Elektrifizierung viel Aufmerksamkeit schenken, und sicher verdient diese Seite ihrer Tätigkeit von jedem, der das bolschewistische System ohne Voreingenommenheit erforschen will, aufmerksam betrachtet zu werden.

Anfang 1920, als noch die Stürme des Bürgerkrieges über Rußland tobten, verkündete Lenin die neue Lösung: Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft! Die Elektrifizierung wird den Sowjetstaat von allen Nöten befreien! Zu dieser Zeit wurde die berühmte Formel geprägt:

„Sozialismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung.“

Mit großer Fieberlichkeit wurde ein Staatsauschuß ge- bildet, an dessen Arbeiten nicht weniger als 200 Fachleute teilnahmen. Im Dezember 1920 wurde dem 8. Sowjet- kongress ein großzügiger Plan vorgelegt, der die Billigung der hohen Versammlung fand. Nach weiterer Durcharbeitung dieses Planes — die ein Jahr beanspruchte — nahm der 9. Sowjetkongress im Dezember 1921 das endgültige Projekt der Elektrifizierung der russischen Wirtschaft an. Das Projekt sah die Elektrifizierung von Tausenden von Kilo- metern Eisenbahnen und Wasserstraßen, der gesamten Industrie (einschließlich des Bergbaus) sowie der Forst- und Landwirtschaft vor. Schon in den nächsten Jahren mühte der Sowjetbauer zum elektrischen Pflügen und Dreschen, sowie zur elektrischen Milchwirtschaft und Federvieh- zucht übergehen und damit der Welt ein Vorbild der rationellen, modernen landwirtschaftlichen Produktion bieten. Daß gleich- zeitig die Glühlampe auf dem flachen Lande alle Beleuch- tungsmittel des alten Regimes ersetzen mußte, ist eine Selbstverständlichkeit. Vor allem handelte es sich um die Errichtung von 30 Ueberlandkraftwerken, von denen 9 mit Wasserturbinen ausgerüstet sein sollten, 11 für Kohle, 3 für Torf, 2 für Erdöl, 1 für Schiefer und 4 für mehrere Brenn- stoffe geplant waren.

Um dieses Projekt schuf man eine ungeheure Literatur, deren Erzeugnisse allein als Brennstoff für ein Kraftwerk mittlerer Größe ausreichen könnten. Mit dem Widerhall dieses Unternehmens füllte man die ganze Welt, und als die deutschen Kommunisten im Jahre 1924 die Wahlparole prägten: „Eberts Deutschland kriecht, Lenins Rußland marschiert“, hatten sie vor allem die Fortschritte der Elek- trifizierung in Rußland vor Augen.

Nach 6 Jahren unermüdlicher und nicht übermäßig schweißiger Arbeit kann man ihre Ergebnisse messen. Ende 1927 zählte man in Rußland 123 Elektrizitäts- werke mit insgesamt 665 524 Kilowatt installierter Kraft- maschinen. Die Stromerzeugung betrug im Oktober 1927 rund 180 Millionen Kilowattstunden. Die Ver- gleichszahlen für die Vorkriegszeit fehlen uns: es ist an-

Am 1. Mai feiert die Arbeit! Die Arbeiterschaft demonstriert auf der Treptower Spielwiese!

zunehmen, daß die russische Elektrizitätswirtschaft des Jahres 1927 der des Jahres 1913 überlegen ist, das Messen des Fortschritts stellt aber große Schwierigkeiten dar.

Wir wollen nun diese Errungenschaften der Elektrifizierung Sowjetrußlands mit denen Deutschlands vergleichen, wo man um diese Frage herum keinen besonderen Lärm macht. In Deutschland gab es im Juni 1925: 1370 öffentliche Elektrizitätswerke und 6122 gewerbliche Anlagen mit der gesamten installierten Maschinenleistung von 8 853 080 Kilowatt. Im Laufe der nachfolgenden Jahre dürfte diese Zahl rund um 30 bis 35 Proz. d. h. auf etwa 12 Millionen Kilowatt angewachsen sein. Der erzeugte Strom betrug im Jahre 1925: 20 328 Millionen Kilowattstunden, was im Monatsdurchschnitt rund 1700 Millionen Kilowattstunden ausmacht. Seitdem ist auch diese Zahl gewachsen, aber die Geschwindigkeit dieses Wachstums kann man auf Grund der laufenden Statistik urteilen, die 122 Kraftwerke erfaßt. Diese Elektrizitätswerke erzeugten nämlich:

| | |
|----------------|---------------------------|
| im Januar 1926 | 908 Millionen Kw.-Stunden |
| 1927 | 1048 |
| 1928 | 1239 |

Wir nehmen an, daß gegenwärtig die Stromerzeugung in Deutschland im Monatsdurchschnitt etwa 2250 bis 2300 Millionen Kilowattstunden ausmacht.

Vergleichen wir die angeführten Zahlen für Deutschland und Rußland miteinander, so ergibt sich, daß die berühmte bolschewistische Elektrifizierung etwa 6 bis 8 Proz. der deutschen Elektrizitätswirtschaft entspricht. Der jährliche Stromverbrauch pro Kopf der Bevölkerung beträgt in Deutschland etwa 400 Kilowattstunden, im elektrifizierten Sowjetrußland 11 Kilowattstunden!

Dabei ist zu beachten, daß das vorhandene Kraftwerknetz Deutschlands zum größten Teil in den letzten Jahren entstand: im Jahre 1907 zählte man in der deutschen Industrie Elektromotoren mit einer Gesamtleistung von 1,7 Mill. PS, im Jahre 1925 wurden Elektromotoren mit 11,6 Mill. PS nachgewiesen. Die Elektrifizierung der Wasserkraft in Süddeutschland, die Verwertung der Braunkohle für die Stromerzeugung in Mitteldeutschland, die Anwendung der Elektrizität in der Metallgewinnung sowie in der chemischen Industrie, die Anfänge der Elektrifizierung des Eisenbahnverkehrs, dieses alles gehört in die Geschichte der Nachkriegsjahre, als auch alte Kraftwerke erweitert und vollständig umgestellt wurden. Schätzungsweise hat man in Deutschland in der letzten Zeit jährlich Stromerzeuger mit einer Gesamtleistungsfähigkeit von nicht weniger als 1 Million Kilowatt neu installiert, was das Zehn- bis Zwölfwache der Geschwindigkeit der Elektrifizierung in Sowjetrußland beträgt.

Das bemerkenswerteste ist aber, daß die deutsche Elektrizitätswirtschaft zum beträchtlichen Teil in der öffentlichen Hand liegt. Die Erzeugung der Elektrizitätswerke, die auf den Verkauf der Energie eingestellt sind, verteilte sich im Jahre 1925 wie folgt:

| | Zahl der Werke | Stromerzeugung in Mill. Kw.-Stunden |
|-----------------------------------|----------------|-------------------------------------|
| Alle Werke | 1370 | 9,9 |
| Darunter: | | |
| Werke öffentlicher Körperschaften | 630 | 4,2 |
| Gemeinschaftliche Werke | 147 | 4,8 |
| Rein private Werke | 593 | 1,3 |

Im ganzen entfallen auf die Gemeinden 76 Proz. des in Deutschland für den Verkauf erzeugten Stromes (schätzungsweise etwa 800 Millionen Kilowattstunden monatlich). Da unter diesen Gemeinden die von den Sozialdemokraten verwalteten Körperschaften führend sind, übertrifft die unter maßgebendem sozialdemokratischem Einfluß geleitete Elektrizitätswirtschaft (die nur einen Teil der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft darstellt) um das Mehrfache das Kraftwerknetz der Sowjets.

Hier entstehen zwei Fragen: 1. Wie sind diese kläglichen Ergebnisse eines lärmenden Selbstzuges der Sowjets zu erklären? 2. Wie ist es den Bolschewisten gelungen, sich selbst und ihren internationalen Götzen einzureden, daß in der ganzen Welt gerade sie die Träger des Gedankens der Elektrizität sind?

In dem Elektrifizierungsplan des Jahres 1921 waren manche Übertreibungen enthalten, die mitunter nicht scheitern konnten (so z. B. der Plan einer baldigen Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Produktion oder der Eisenbahnhauptlinien). Der Grundgedanke war aber richtig: die Elektrifizierung entspricht der modernen Entwicklung der Technik, sämtliche Länder stellen ihre Kraftwirtschaft auf die Elektrizität um, und die russische Wirtschaft hat natürlich auch diesen Weg zu befolgen. Die geographischen Bedingungen ließen erwarten, daß die Elektrizitätswirtschaft sich in den einzelnen Gebieten Rußlands in verschiedener Richtung entwickeln werde: die Elektrifizierung der Wasserkraft konnte in Rußland nicht die Grundlage der gesamten Kraftwirtschaft — etwa wie in Schweden und Norwegen oder in der Schweiz — bilden, sie mußte aber eine größere Bedeutung als in England und in den Vereinigten Staaten erhalten. Es mußten — ebenso wie in Deutschland — Gebiete mit Elektrizitätswerken verschiedener Art entstehen, was übrigens in Rußland jedem Fachmann seit langer Zeit bekannt war. In dieser Richtung entwickelte sich die russische Elektrizitätswirtschaft vor dem Kriege, sie konnte schon sehr bedeutende Fortschritte machen, große Arbeiten waren im Gange. Sicher wäre Rußland weiter diesen Weg gegangen und es hätte bei seinen großen materiellen Möglichkeiten, bei der unzweifelhaft hohen Begabung seiner Arbeiter und Ingenieure ebensoviel wie ein beliebiges anderes Land der Welt leisten können, wenn seinen wirtschaftlichen Kräften die notwendige Voraussetzung einer gesunden Entwicklung, nämlich die Freiheit — sei es nur in demselben Umfang wie in den übrigen Ländern — gesichert gewesen wäre, wenn es den Bolschewisten im Jahre 1920 nicht eingefallen wäre, diese rein wirtschaftliche und technische Frage in ein politisches, und noch enger: ein parteipolitisches Schlagwort zu verwandeln. Seitdem wurde die Elektrifizierung in Rußland auf den Kopf gestellt: mit großzügigen Projekten, mit der Planung und Ueberplanung, mit der Volkisierung, mit dem Lärm der Parteipropaganda fördert man den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt nicht. So hat man den Vorrang auf dem Gebiete der Elektrifizierung ebenso wie auf vielen anderen Gebieten unterbunden.

Eine Art Suggestion ist aber geblieben, ein merkwürdiger Glaube, daß die Elektrifizierung auf eine geheimnisvolle Weise mit der Sowjetmacht verbunden sei, daß

Ich habe noch keine Leichen gesehen —

also geht es der Landwirtschaft nicht schlecht! — sagt der deutschnationale Freiherr von Dergen.

Deutschnationale und Bältische bekämpfen sich in Mecklenburg im Wahlkampf mit bitterem Haß. Wer hat die Mecklenburger Rechtsregierung unter Brandenstein gestürzt — das ist der Punkt, um den sich ihr Feinde drehen. Die Bältischen haben seinerzeit Landbunddemagogie gegen die Deutschnationalen gespielt. Die Deutschnationalen haben „die Forderungen des Landvolks“ abgewiesen, darauf haben die Bältischen dem Minister Brandenstein das Vertrauen entzogen. Seitdem ist es aus mit der reaktionären Herrlichkeit in Mecklenburg.

Seitdem tobt dieser Streit. Ein Spruch des Ehrenrats des Verbandes deutscher Offiziere hat seinerzeit entschieden: nicht die Deutschnationalen, sondern die Bältischen sind schuld am Sturz des Rechtsregiments. Die Deutschnationalen wieder werfen den Bältischen Verführung am Vaterlande vor.

Die Führer im Streite sind Herr von Graefe und der ehemalige deutschnationale Finanzminister von Dergen. Dergen polemisierte im Januar im „Rostocker Anzeiger“ gegen die Bältischen. Eine Berichtigung der Bältischen druckte der Anzeiger nicht ab. Nun hat das Amtsgericht Rostock den „Rostocker Anzeiger“ verurteilt, die bältische Berichtigung abdruckten.

Diese Berichtigung hat den folgenden hochinteressanten Wortlaut:

„In der Ausgabe Nr. 25 des „Rostocker Anzeigers“ vom 29. Januar wird eine Erklärung des früheren Staatsministers Dr. v. Dergen veröffentlicht, zu der wir folgendes richtigstellen:

1. Es ist unrichtig, daß die bältische Freiheitspartei für die Vorbereitung des Wahlkampfes für den Reichstag ihre Schuld an dem Sturz der Regierung Brandenstein erneut abzugeben versucht.

Wahr ist dagegen, daß der vom Ehrenrat des RNO anerkannte Ausschuss unter Vorsitz des Generalleutnants v. Bronfort und unter Beteiligung auch deutschnationaler angesehener Herren nach gründlicher Prüfung aller damaligen Vorgänge und Vorwürfe

feststellte: Es kann deshalb den Bältischen die sachliche Verantwortung für den Sturz des Rechtsministeriums und die Auflösung des Landtags ebensowenig aufgebürdet werden, wie ihnen der Vorwurf der Verführung am Vaterlande gemacht werden kann.

2. Es ist unrichtig, daß die Behauptung der bältischen Presse, aus den Kreisen deutschnationaler Führer stamme das Wort: „Sie glaubten nicht eher an die Rot der Landwirtschaft, als bis sie die Leichen sahen“, eine glatte Unwahrheit ist.

Wahr ist dagegen, daß der deutschnationale Führer v. Dergen als damaliger Minister dem Domänenpächter W. Tretow in Pader bei Rohna gegenüber ausgesprochen hat:

„er glaube nicht, daß es der Landwirtschaft so schlecht gehe, er habe noch keine Leichen gesehen“.

und daß der deutschnationale Führer Dr. Knebusch bei einer Verhandlung mit dem Freiherrn v. Bongermann-Rahlfow, in Gegenwart des Herrn Eduard-Reu-Neißhöfer am 5. Dezember 1924 erklärt hat:

„es helfe nichts, es müsse auch in der Landwirtschaft erst Leichen geben“.

und daß ferner Dr. Knebusch in einem eigenen Schreiben vom 12. Dezember 1924 die zu fordernden landwirtschaftlichen Opfer als landwirtschaftliche Leichen bezeichnet hat.“

Dieser Streit kommt zur rechten Zeit, um zu zeigen, was es mit der Landbunddemagogie zu politischen Zwecken auf sich hat! Mit dem größten Ignorismus haben deutschnationale Führer das Landbundgeschrei abgewiesen, als es sich gegen sie selbst wandte. Heute benutzen sie die gleiche Methode im Kampfe gegen Linksregierungen. „Ich habe noch keine Leichen gesehen — also geht es der Landwirtschaft nicht schlecht!“ — dies Wort des ehemaligen deutschnationalen Ministers von Dergen darf nicht im „Rostocker Anzeiger“ untergehen.

der Kapitalismus die Elektrifizierung nur ungern zuläßt, die Bolschewisten aber berufen seien, die Grundlagen einer wissenschaftlich durchdachten, allumfassenden, planmäßigen Elektrifizierung zu schaffen. Diejenigen, die in Rußland einsehen, daß es sich hier um einen kindischen Aberglauben handelt, wagen nicht das auszusprechen und können das auch nicht tun.

Man hat in Rußland in den Jahren des Krieges kommunismus die oben zitierte Leninische Formel: „Sozialismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung“ umgewandelt und scherzhaft behauptet: „Elektrifizierung = Sozialismus — Sowjetmacht.“

Ohne jeden Scherz kann man sagen, daß die Elektrifizierung gegenwärtig in der ganzen Welt fortschreitet, die geringsten Fortschritte allerdings in Sowjetrußland aufweist, wo die bolschewistische Regierung sich bemüht, ihre Entwicklung zu fördern, in Wirklichkeit aber ihren Vormarsch durch eine falsche Politik hemmt.

Fall Treskow vor dem Kammergericht.

Das Urteil der zweiten Instanz aufgehoben.

Das Kammergericht hat der Revisionsklage im Prozeß Treskow-Babide stattgegeben und des freisprechenden Urteils für Major Babide aufgehoben.

Die Vorgeschichte der Angelegenheit Treskow-Babide ist bekannt. Die Großgrundbesitzer der Neumark hatten gegen Treskow den Posten verhängt, weil er ihre Putschpläne pflichtgemäß seinen Lebensbrüdern mitgeteilt hatte. Reichstanzler Marx hatte ihm deshalb seinerzeit von der Reichstagstribüne aus Vertrauensbruch vorgeworfen. Den Vorwurf des Vertrauensbruchs und des Landesverrats hatte ihm auch Babide öffentlich gemacht. Treskow strengte eine Beleidigungsklage an. Das Gericht erster Instanz verurteilte Babide zu 500 Mark Geldstrafe nach öffentlich durchgeführter Verhandlung. Die Berufungsverhandlung fand unter teilweisem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Babide wurde freigesprochen. Die Urteilsbegründung nahm Partei für Babide gegen Treskow.

Auch die geistige Revisionsverhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Kammergericht hob das freisprechende Urteil der zweiten Instanz auf, sowohl wegen formeller als auch materieller Verstöße.

Der Vorderrichter, so heißt es in der Urteilsbegründung, habe prüfen müssen, ob für den Kläger nicht eine Anzeigepflicht bestanden habe. Wenn es dem Gericht auch freistünde, den Umfang der Beweisaufnahme zu bestimmen, so hat es trotzdem in die Erörterung der Frage eingehen müssen, ob doch nicht bei dem Beklagten Putschabsichten bestanden haben. Denn bei der Aufschlüsselung über die Frage, ob ein Vertrauensbruch stattgefunden hat oder nicht, war die subjektive Einstellung des Klägers von Bedeutung. Andererseits war auch in bezug auf den Beklagten die subjektive Seite seines Vorwurfs zu erörtern. Hat er logischerweise den Vorwurf des Vertrauensbruchs machen dürfen? Auch dies ist vom Vorderrichter nicht geprüft worden.

Der Bürgerhaß ist tot. Der Prozeß Treskow, in dem ein Opfer Reudells um seine Ehre kämpft, hat ihn überdauert. Herr Marx aber schweigt noch immer!

Gegner der Verfassung.

Ich kenne sie nicht, aber ich mißbillige sie.

Der „Stahlhelm“, Landesverband Groß-Berlin, veröffentlicht einen Wahlaufruf für Schwarzweißrot gegen den Parlamentarismus, der die Herrschaft der Würdlosen bedeute. Der Aufruf beginnt mit dem folgenden Satz:

„Alle Macht geht vom Volke aus“ heißt es dem Sinne nach in der Weimarer Verfassung, der angeblich freiesten aller Republiken. Diese „Macht“ besteht darin, daß der Staatsbürger alle fünf Jahre bei den Wahlen seine Stimme für eine von der Parteibureaucratie aufgestellte Liste abgeben darf.

Die fünf Jahre, so liest man es im Stahlhelmaufruf, und „Arztzeitung“ und „Deutsche Zeitung“ drucken es getreulich nach. Artikel 28 der Reichsverfassung lautet: Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Ob diese unentwegten Verfassungsfeinde jemals die Verfassung gelesen haben, die sie verächtlich?

Freie Bahn dem Lüchtigen!

Wenn er Fürst Bismarck heißt.

Fürst Bismarck, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, wurde im Mai 1927 ins Auswärtige Amt berufen. Im Sommer 1927 legte er die erste diplomatische Prüfung ab. Im Oktober 1927 wurde er zum Legationssekretär in Stockholm ernannt.

Im April 1928, noch noch nicht einjähriger Dienstzeit, ist er zum ersten Legationssekretär bei der deutschen Botschaft in London, dem wichtigsten diplomatischen Posten Deutschlands, ernannt worden.

Ein Fürst und ein Enkel — seine Karriere beim Auswärtigen Amt war gesichert.

Der Gipfel der Unanständigkeit.

Eine niedliche deutschnationale Wahlbeize.

Die große Wahlbeize Otto Brauns in Königsberg ist den Reaktionen aller Schichten gewollt auf die Nerven gefallen. Da sie sachlich auf keine ausgezeichneten Darlegungen kaum erwidern können, greifen sie zu Mitteln, die gleich dumm und unanständig sind, um Brauns etwas an Zeug zu stellen. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ — ein Blatt, das allerdings niemals auf besonders gute journalistische Sitten Anspruch gemacht hat — veröffentlicht triumphierend die Speisefolge eines Menus vom 23. März und stellt fest, daß der „Proletarier“ Otto Brauns zu einem „opulenten Essen“ eingeladen habe. Daran wird eine Fülle von häßlichen Bemerkungen geknüpft. Prompt druckt die Berliner deutschnationale Presse diese Subtilität ab.

Bei diesem Essen hat es sich um eine amtliche Einladung gehandelt, die von der Staatsregierung zu Ehren des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Herrn Caspeler, im Einvernehmen mit dem auswärtigen Amt ergangen war. Wie denn eben solche Veranstaltungen international zum diplomatischen Handwerkzeug gehören und im auswärtigen Amt alle paar Tage aus irgendeinem Anlaß stattfinden. Zu diesem Essen war nur ein ganz kleiner Kreis diplomatischer Persönlichkeiten geladen.

Der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, hat an diesem Essen, obwohl von ihm offiziell die Einladungen ergangen mühen, — es fand im Hotel Adlon statt — gar nicht teilgenommen, weil er damals längere Zeit krank das Bett hüten mußte. Das auswärtige Amt aber, das der Reichspresse für ihren Bärenbesuch sicherlich sehr dankbar sein wird, wird durch den Reichsaussenminister Dr. Stresemann und den Staatssekretär von Schubert sowie durch eine Reihe von Beamten des höheren Dienstes vertreten.

Auch nach dieser Feststellung wird, dessen sind wir sicher, weder das alte Leipziger Blatt, noch die Berliner deutschnationale Presse den Anstand besitzen, seinen bodenlosen wohlverdienten Reinfall einzugeschehen!

Schrei nach Verboten.

Die „Kölnische Volkszeitung“ fordert im Anschluß an die Sprengung der Münchener Stresemann-Versammlung ein allgemeines Verbot von Umzügen jeglicher Art für die Zeit vom 13. bis zum 25. Mai.

Warum nicht gar! Weil die Münchener Volkszeitung verfaßt hat und ein paar Hundert Halbkreuzausgaben eine Versammlung gesprengt haben eine Einschränkung der Wahlfreiheit im ganzen Reich? Der Gedanke könnte beinahe von Herrn von Reudell kommen.

Die Klage der Witwe Eisner und ihrer Tochter gegen den bayerischen Staat auf Zahlung einer Rente, über die bereits zweimal vor den Gerichten verhandelt wurde, ist nunmehr durch folgenden Vergleich hinfällig geworden: Der bayerische Staat zahlt an Frau Eisner und ihre minderjährige Tochter eine Jahresrente von 2400 Mk.; außerdem leistet der bayerische Staat eine Nachzahlung in der Höhe von zusammen 7500 Mark.

Der Reichsrechtlich-Deutsche Volksbund, die überparteiliche Organisation der Antichiwewegung, hat in den Berliner Ortsgruppenvorstand u. a. unsere Genossin Dr. Wegscheider gewählt.

Minderheiten in Deutschland.

Ihre nationalen Schul- und Kulturforderungen.

Von Fritz Tejsen.

Auf dem durch den Friedensvertrag von Versailles verkleinerten Gebiete des Deutschen Reiches wohnen zusammen mit mehr als sechzig Millionen Deutschen auch Teile nicht-deutscher Völker, Polen im Osten, Litauer im Nordosten und Dänen im Norden. Während aber diese Völker außerhalb des Reiches staatenbildende Kraft entwickelt haben, liegt das gesamte Siedlungsgebiet des kleinen Wendenvolkes innerhalb der Reichsgrenzen, im Freistaat Sachsen und dem preussischen Regierungsbezirk Pommern. Die Gesamtzahl der in Deutschland vorhandenen nationalen Minderheiten, — hierzu gehören nur Reichsangehörige, keine Ausländer — wird verschieden hoch geschätzt, je nach dem, ob Wahlergebnisse, statistische Erhebungen oder sonstige Angaben als Grundlage für die Schätzung herangezogen werden. In jedem Falle aber, ob nun die nationalen Minderheiten in Deutschland zwei oder drei Hundert der Gesamtbevölkerung ausmachen, sie stellen, selbst wenn man nicht berücksichtigt, daß zu ihnen vier Völker gehören, im Verhältnis zu den Minderheiten, die in den nach 1918 entstandenen Staaten leben müssen, einen verschwindend geringen Bruchteil der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches dar. Aber auch die kleinste nationale Minderheit hat ein Recht auf Schutz ihrer kulturellen Interessen!

Die internationale Bedeutung der nationalen Minderheiten jedes Staates wird heute von niemand mehr bestritten. Selbst die Hatatisten von einst sind heute bereit, den Polen in Preußen wenigstens theoretische Zugeständnisse zu machen, um den deutschen Minderheiten im Ausland zu helfen. Von dieser Bereitschaft bis zur Tat ist allerdings ein umso weiterer Weg, als die deutschen Minderheiten im Ausland zum Teil noch sehr schwer unter dem Nationalismus der Mehrheitsvölker zu leiden haben, die deutschen Nationalisten aber sofortige Gegenseitigkeit verlangen, was bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse diesseits und jenseits der Grenzen in den meisten Fällen nicht ohne weiteres praktisch durchführbar ist, und auch die nationalen Minderheiten in Deutschland häufig sehr chauvinistischen Ordnungsgängen hulbig und demensprechend handeln, indem sie unerfüllbare Forderungen erheben.

Die nationalen Minderheiten in Deutschland, soweit sie organisatorisch hervorgetreten, sind in einem Verbandszusammenschluß, um ihre Interessen besser und stärker zur Geltung bringen zu können. Da die Hauptinteressen jeder Minderheit auf dem Gebiet des Schulwesens liegen, haben sie sich mit einem Entwurf zu einem „Reichsgesetz betreffend das Minderheitenschulwesen in Deutschland“ und mit einem Entwurf eines Ausführungsgegesetzes zu diesem Minderheitenschulgesetz an die Reichsregierung gewandt und ihr damit die Anschauungen zur Kenntnis gebracht, die der „Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland“ über die Regelung des Minderheitenschulwesens in Deutschland vertritt.

Beide Entwürfe zeichnen sich durch einen großen Mangel an Klarheit aus, der wenigstens zum Teil sicherlich auf die Differenzen zurückzuführen ist, die innerhalb der nationalen Minderheiten in Deutschland vorhanden sind. Die Interessen der Dänen in Schleswig sind auf dem Gebiete des Schulwesens anders als die der Polen in den östlichen Grenzgebieten. Während es sich bei den Dänen um Volksteile handelt, die jederzeit einen Wettstreit mit der Kultur des Minderheitsvolkes führen können, sind die polnischen, litauischen und auch wendischen Minderheitsangehörigen zum allergrößten Teile proletarisiert, von früher her kulturell vernachlässigt und zu einem erheblichen Teile national indifferent. Die dänischen Minderheiten nehmen infolgedessen den auch von den gesamten deutschen Minderheiten des Auslandes verfolgten Grundsatz: „Minderheit ist, wer will“ für sich in Anspruch, die anderen Minderheiten in Deutschland aber fürchten, bei Anerkennung dieses Grundsatzes schlecht abzuschneiden. Es nimmt daher nicht Wunder, daß sich die von dem Verbands der nationalen Minderheiten in Deutschland vorgelegten Gesetzentwürfe über die Grundfrage: Wer ist Minderheit? nicht klar aussprechen. Der § 8 des Reichsgesetzentwurfs sagt: „Entscheidend für die Schaffung der Minderheitsschuleinrichtungen ist der Kollektivwille der Erziehungsberechtigten.“ Wie dieser Kollektivwille der Erziehungsberechtigten festgestellt werden soll, welche Mehrheit, ob er überhaupt eine Mehrheit darstellen muß, wird nicht gesagt. Aus zahlreichen polnischen Erklärungen und Zeitungsartikeln weiß man aber, daß die polnische Minderheit, soweit sie im Verbands zusammengeschlossen ist, — der Zahl nach die weitaus bedeutendste in Preußen — den Elternwille als Einzelwille für sich nicht als bindend anerkennen will. Mit dieser Frage beschäftigte sich übrigens eben der Internationale Gerichtshof in Haag, weil im Widerspruch zur Genfer Konvention über den Verfall der Wille vieler Eltern in Polnisch-Oberschlesien, ihre Kinder in deutsche Minderheitsschulen zu schicken, von den polnischen Behörden, die den gleichen Standpunkt einnehmen wie die Führer der Polen in Deutschland, nicht als bindend anerkannt, sondern den Kindern noch eine Prüfung, ob sie die deutsche Sprache verstehen, auferlegt worden ist. Die Entscheidung des Haager Gerichtes ist eben gefallen, für Deutschland im Sinne der Genfer Konvention.

Nun ist unbestreitbar, daß es völlig undemokratisch ist, Kinder in einem anderen Volkstum zu erziehen als die Erziehungsberechtigten wünschen. Die Tatsache, daß Kinder, die in deutschen Schulen angemeldet werden, des öfteren die deutsche Sprache nur mangelhaft verstehen, weil sie in der Familie nicht deutsch sprechen, ist sicherlich unerfreulich, doch rechtfertigt sie nicht, daß man diese Kinder gegen den Willen ihrer Eltern, so wie es der Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland will, zur deutschen Schule nicht zuläßt. Schließlich ist auch der Wille zur Assimilation ein Recht jedes einzelnen, auf das ein Staat für eine in seinem Gebiete wohnende nationale Minderheit umso weniger verzichten kann, als fast überall jeder Ausländer das Recht besitzt, in dem Volkstum des Landes, in dem er wohnt, durch Interessen, Tätigkeit, Heirat, Familie, Lebensgewohnheiten aufzuwachen und schließlich sogar die staatliche Zugehörigkeit zu erwerben. Allerdings ist die Anerkennung des Elternwillens voraus, daß dieser Wille sich möglichst unbeeinträchtigt von unmittelbarem Zwang äußern kann. Wer je in zweisprachigen Gebieten gelebt hat, weiß, wie schwer es ist, solche freie Willensbildung sicherzustellen, und es wird daher stets

Stettin.



Alte Sache: Wenn zwei sich streiten, erfährt die Welt die Wahrheit!

Skandal im Fememordprozeß.

Die Aussage des Oberpräsidenten Lippmann.

Stettin, 26. April.

Die heutige Verhandlung brachte einen Skandal. Der frühere Staatsanwalt in Stettin und jetzige Oberregierungsrat Pleßsch sollte die von der Verteidigung behauptete angebliche Niedererschlagung der Verfolgung von Ausschreitungen links eingestellter Elemente klären. Es handelt sich um eine Anordnung der Reichsregierung aus der Zeit kurz nach dem Kapp-Putsch, in der empfohlen wurde, leichtere und nicht ehrenrührige Gefängnisüberstellungen von Republikanern, die im Kampfe gegen Kapp im Interesse der Republik verübt wurden, wiederzuschlagen. Anstatt den Sachverhalt klarzulegen, verfuhr dieser derzeitige Oberregierungsrat, das preussische Justizministerium anzuschwarzen und es so hinzustellen, als ob man antäufelhaft mit Verbrechern fraternisiert habe. Er läßt durchblicken, daß er damals am liebsten alle Republikaner hinter Schloß und Riegel gebracht hätte und trägt ein derart zynisches und lächerliches Benehmen zur Schau, daß er, der Oberregierungsrat, vom Vorsitzenden auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht werden muß. Staatsanwalt Sah ist es als Verdienst anzurechnen, daß er in würdiger Form den Sachverhalt, den der Zeuge auf den Kopf gestellt hatte, klarlegte.

Hierauf Verlesung eines Briefes des jetzigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten v. Veltow-Burbach, der die Kühnheit hat, zu behaupten, er sei in der Zeit, in der er sich schon auf die Seite des Putschisten Kapp geschlagen hatte, noch Reichsmehrheitsmitglied gewesen! Vernehmung eines Ingenieurs der Siemens-Schuckert-Werke, der über einen angeblich von der Reichsmehrheit angeordneten Waffenabtransport der Rohbader aus einer Stargarder Kaserne in Gegenwart von Reichsmehrheitsoffizieren berichtet. Die Rohbader hätten Reichsmehrheiten mit Eisenkloben und schwarzrotgoldener Kolarbe getragen, allerdings hätten sie die Kolarbe schamlos heruntergerissen, als sie die Stadt hinter sich hatten. Oberst Raldrack, damals Kommandant in Stargard, erklärt, ihm sei dieser Transport seinerzeit nicht zur Kenntnis gekommen.

Hierauf erfolgt die Vernehmung des Oberpräsidenten der Provinz Pommern Lippmann. Er erklärt, in der in Frage kom-

menen Zeit habe eine Vereinbarung zwischen den Militär- und Zivilbehörden bestanden, die Waffen der Einwohnervewehrer nach deren von der Entente durchgeführten Auflösung zunächst aufs Land zu bringen. Zu Konflikten zwischen den Behörden sei es nicht gekommen. Unruhen seien in Pommern nicht gewesen. Die Republik habe sich in Pommern schon 1919 durchgesetzt. Nach dem Kapp-Putsch habe es allerdings noch einige Tage gedauert, bis sich eine gewisse Beruhigung legte. Am 22. März ist der damalige Staatssekretär des Reichswehrministeriums, der jetzige preussische Innenminister Grzesinski in Stettin gewesen und von diesem Tage an kann man sagen, daß der Kapp-Putsch im großen und ganzen beendet war. Wir hatten eigentlich schon seit Ende März eine gute Polizei und eine starke Wehrkraft, die zur Regierung stand. Es funktionierten ordnungsgemäß: Regierung, Polizei, Staatsanwaltschaft und die Gerichte. Die republikanischen Behörden hatten die nötige Kraft, um sich Geltung zu verschaffen. Von den Kommunisten nichts Ernsthaftes zu befürchten gewesen. Lediglich die Ankunft der Rohbader habe ein neues Moment der Beunruhigung unter die Bevölkerung getragen. Ähnliche Nachrichten, daß von Polen Gefahr drohte, habe er 1920 nicht erhalten. Auf Grund der amtlichen Nachrichten habe ich aber nie das Gefühl gehabt, daß Poleneinfälle drohen, weiß aber, daß diese Gerüchte in den Grenzkreisen natürlich mehr Glauben fanden, als in Stettin. Von Verhandlungen des Oberpräsidenten von Ostpreußen über Abwehrmaßnahmen gegen Polen ist mir nichts bekannt. Es ist mir auch nicht erinnerlich, daß im Sommer 1920 ein Grenzschutz eingerichtet werden sollte. — Als Oberstaatsanwalt sah dann dem Zeugen die in der Verhandlung bekanntgemachten Befehle u. Bodungen und Rohbader über die Geheimhaltung der Waffen, über die Behandlung von Verdächtigten und über die Einrichtung von Standgerichten uhm. vorhielt, erklärte der Zeuge: „Wenn ich das damals erfahren hätte, dann würde ich sicher versucht haben, die Leute sofort zu verhaften.“

Die Vernehmung zweier weiterer Zeugen, die nichts Wesentliches ergibt, beschließt den heutigen Tag. Die Verhandlung wird auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt.

Um Urheberrecht und Schutzfrist

Schlusssitzungen des Internationalen Autorenkongresses.

Ueber die Frage, was unter Urheberrecht zu verstehen sei, entspann sich eine lebhafte Debatte. Von italienischer Seite wurde betont, daß natürlich die Urheberrechte des darstellenden Künstlers von denen des Autors getrennt werden müßten, daß aber prinzipiell auch ein Urheberrecht des reproduzierenden Künstlers anzuerkennen sei. Der Vertreter Schwedens schloß sich dieser Auffassung an. Wenn z. B. Fritz Kreisler für eine Grammophon-Gesellschaft ein Violinconcert von Beethoven spielt, das tantummodo frei ist, und diese Blatte öffentlich aufgeführt wird, so muß der ausübende Künstler Anspruch auf Autorenrecht haben. Bei der weiteren Diskussion der für die Statuten der Berner Konvention vorgeschlagenen Änderungen hob der Vertreter der schwedischen Autoren noch hervor, daß es auf jeden Fall verhindert werden müsse, daß die Radio-Gesellschaften die reproduzierenden Künstler bestehlen, indem sie ihre Darbietungen übertragen, ohne etwas dafür zu bezahlen. So lange es noch kein internationales Gesetz gibt, das den mit Strafe belegt, der sich an den Beuten eines anderen bereichert, hält er es daher für angebracht, entsprechende Sicherungen für die ausübenden Künstler in der Berner Konvention zu verankern. Justizrat Dr. Rosenberger von der Genossenschaft deutscher Tonseher legte dar, daß er die Notwendigkeit eines solchen Schutzes durchaus nicht verkenne. Die Berner Konvention aber könne sich mit ihm nicht befassen. Sie müsse es sich als ausschließliche Aufgabe stellen, die Rechte der wirklichen Autoren zu wahren, wenn sie ihre Bestimmungen nicht ins wirklose zerfallen lassen wollen.

Ein moralischer Schutz des bereits tantummodo in Werken vor Verfallhornungen wurde allgemein gefordert. Man würde sich aber in der Diskussion darüber klar, daß es eine Gefahr bedeute, wenn solcher Schutz von den Regierungen der Länder in irgend einer Form ausgeübt würde. Zuständig seien hierfür einzig die Autorenvereinigungen.

Ueber die Honorierung der Uebersetzer wurde eine wichtige Entscheidung gefaßt. Danach sollen die Uebersetzer nicht mehr durch eine feste Summe entschädigt werden, sondern einen entsprechenden Anteil an den Einnahmen der Autoren haben.

Einstimmig und ohne Debatte wurde beschlossen, die allgemeine 30jährige Schutzfrist vom römischen Kongreß zu fordern; auch Werke ausländischer Autoren sollen nicht geringer geschützt werden als die der inländischen. In der Schlusssitzung gab Dr. Ludwig Fulda, der gemeinsam mit Prof. Max von Schilling als Vertreter Deutschlands am römischen Kongreß teilgenommen wird, eine Erklärung ab, daß er das Mandat für Rom nur angenommen habe unter der Bedingung, den Standpunkt der deutschen Urheber in voller Freiheit zur Geltung bringen zu können.

aller Energie der Verwaltungen, nötigenfalls auch der Beschäftigung bedürfen, um jede Gefährdung der wichtigsten Voraussetzung nationalpolitischer Tätigkeit, des Rechtes des einzelnen, über seine nationale Zugehörigkeit zu entscheiden, auszuschließen. In dieser Richtung muß das Ziel staatlicher Minderheitspolitik liegen, nicht aber in dem von der polnischen Minderheit in Preußen wie von den polnischen Behörden jenseits der Grenze immer wieder unternommenen Versuch, durch möglichst genaue Prüfung objektiver Merkmale die Zugehörigkeit zu einer Minderheit sicherzustellen. Weder Abstammung noch Herkunft, noch Wohnort, noch Namen, noch häuslicher Brauch können in einem modernen Staate entgegen dem Elternwillen als entscheidend anerkannt werden.

In dem wichtigsten Punkte sind also die Entwürfe des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland indiskutabel, weil sie mit dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht des einzelnen in offenem Widerspruch stehen. Ueber andere Punkte, in denen die Entwürfe ebenfalls mit den Forderungen der deutschen Minderheiten im Auslande in Widerspruch stehen, ließe sich jedoch eine Verständigung vielleicht erzielen. Wenn die deutschen Minderheiten im Auslande fast einmütig die Kulturautonomie, also die kulturelle Selbstverwaltung verlangen und die nationalen Minderheiten in Deutschland die Kulturautonomie ablehnen, so erklärt sich das verständlicherweise aus dem Unterschied der sozialen Lage. Bei der Armut der polnischen Minderheit in Deutschland wäre die kulturelle Selbstverwaltung ein Danaergeschenk, denn es wäre den Polen nicht möglich, die Geldmittel zur Wahrnehmung dieser Selbstverwaltung aufzubringen. Das Recht der polnischen Eltern auf polnische Schulen darf aber nicht abhängig gemacht werden von dem Geldbeutel, den die Eltern haben. Insofern wäre also ein Entgegenkommen in der Richtung zu verstehen, daß in Preußen auch das Minderheitenschulwesen völlig aus staatlichen Mitteln erhalten wird, sofern eine Mindestzahl von Kindern die Gewähr für die Lebenskraft einer öffentlichen Schule gibt; darüber hinaus aber würde man für alle jene Fälle, in denen die Zahl der Kinder hierfür nicht ausreicht, daß Kompromiß der Privatschule evtl. mit Staatsunterstützung annehmen müssen.

Leider ist vom Reich in absehbarer Zeit eine Regelung des Minderheitenschulwesens nicht zu erwarten. Nachdem der Entwurf des Reichsschulgesetzes gefallen ist, wird dieses heißeste aller Eisen nur mit äußerster Vorsicht angefaßt werden und es wird daher in der Zwischenzeit den Ländern überlassen bleiben, die berechtigten Schulwünsche der nationalen Minderheiten zu befriedigen.

Lohnabbau oder Stilllegung!

Die Rheinschiffahrt vor der Katastrophe.

Der Arbeitskonflikt in der Rheinschiffahrt spitzt sich immer mehr zu. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, der sich an den Kölner Parteiverhandlungen nicht beteiligt hatte, hat nunmehr um neue Verhandlungen nachgehakt. Diese sind auf den 28. April angelegt worden.

Die Unternehmer haben ihrem Personal schriftlich mitgeteilt, daß diejenigen, die sich nicht mit einem Lohnabbau von 13 Proz. einverstanden erklären, am 1. Mai entlassen werden. Diese Zumutung bedeutet, auf das Jahr umgerechnet, eine Einkommensverminderung von rund 400 Mark. Infolge der Anordnung der Unternehmer muß das Personal am 30. April die Fahrzeuge verlassen. Das bedeutet die Stilllegung der deutschen Rheinschiffahrt.

Die Erregung unter dem Rheinschiffahrts-Personal ist durch ein neues Ansehen verschärft worden. Für diejenigen, die am 30. April von Bord gehen, soll nämlich in den Dienstbüchern der ungeschlichtete Vermerk „Ausgetreten wegen Lohnkampf“ gemacht werden. Mit dieser Kennzeichnung wollen die Unternehmer vielleicht die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung unterbinden. Tatsächlich handelt es sich nicht um ausgetretene, sondern um gekündigtes Personal. Die geforderte Enttagung in die Bücher bedeutet zugleich ein System schwarzer Listen. Der Deutsche Verkehrsband hat seinen Mitgliedern empfohlen, die unerträgliche Zumutung der Arbeitgeber abzulehnen.

Der Stilllegung der Schiffahrt wird schnell auch die Stilllegung der Hafenumschlagbestriebe folgen. Sind sich die behördlichen Stellen darüber im klaren, was für Auswirkungen die Stilllegung der Duisburg-Ruhrhäfen zeitigen wird? Was die Rheinschiffahrt mit ihren Lohnabbauforderungen und Kündigungen in der Rheinschiffahrt herauszufschwören, wird der westdeutschen Wirtschaft teuer zu stehen kommen.

Aus der Praxis des Reichsarbeitsministeriums

Einmal so und einmal so.

Von einem geradezu unhaltbaren Durcheinander in der Entscheidungspraxis des Reichsarbeitsministeriums zeugt folgender Fall: Der Schlichtungsausschuß Kassel fällt einen Arbeitszeitentscheidungspruch für die dortige Textilindustrie in drei

Ziffern. Die Ziffer 1 legt die Arbeitszeit, die auf Anordnung des Arbeitgebers zu verrichten ist, die Ziffer 2 die Bezahlung der angeordneten Mehrarbeit und die Ziffer 3 die Laufdauer des Abkommens fest. Auf den Antrag der Unternehmer, diesen Spruch für verbindlich zu erklären, beschloß sich der stellvertretende Schlichter, Regierungsrat Dr. Kollath in Kassel, mit diesem Spruch und erklärte Ziffer 1, also die anzuordnenden Mehrarbeitsstunden und Ziffer 3, das heißt die Laufdauer des unteilbaren Schiedsspruches für verbindlich, wogegen Ziffer 2, die Bezahlung der Mehrarbeitsstunden aus Ziffer 1 des Spruches, nicht für verbindlich erklärt wurde.

Somit verurteilte der Spruch die Kasseler Textilarbeiter zur Leistung von Mehrarbeit, ohne ihr zu legen, was sie für die Leistung dieser Arbeit an Bezahlung zu beanspruchen hat. (Nach der herrschenden Rechtsauffassung hat jeder Mensch ein sittliches Anrecht darauf.) Hinzu kommt, daß derselbe Schlichter am 16. Juli 1927 auf Grund § 6a Abs. 4 der Arbeitszeitverordnung bereits 25 Prozent Zuschlag angeordnet hatte, nun aber die Ziffer 2 des Schiedsspruches nicht verbindlich erklärte, um auf Antrag der Unternehmer nur 20 Prozent für die Mehrarbeit, also eine Verschlechterung, anzuordnen.

Gegen diese, den Bestimmungen der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 widersprechende Spruchhandlung des Schlichters wurde Beschwerde beim Reichsarbeitsministerium eingelegt.

Hier wurde nicht etwa die unhaltbare Entscheidung des stellvertretenden Schlichters in Kassel torrigiert, sondern im Gegenteil diesem Kuriosum noch eine Krone aufgesetzt.

Das Reichsarbeitsministerium teilte zu beanstanden ist, weil die Trennung des Spruches möglich sei, da die Bezahlung der Mehrstunden mit ihrer tarifvertraglichen Zulassung nicht notwendig zusammenhänge. In früheren Fällen, in denen ein Spruch in der Lohn- und ein Spruch in der Arbeitszeitfrage gefällt und von der Arbeiterschaft der Lohnschiedspruch angenommen, der Arbeitszeitentscheidungspruch abgelehnt worden war, erklärte das Reichsarbeitsministerium stets beide Sprüche für verbindlich — mit der Begründung, die Arbeitszeitfrage sei eine Lohnfrage und beides hänge unbedingt notwendig zusammen!

Abgesehen von dieser verkehrten Einstellung bei der Verbindlichkeitserklärung, wird in diesem Falle durch die Herausnahme der Ziffer 2 aus dem Schiedsspruch die Tendenz begünstigt, nicht unbedingt notwendige Mehrstunden machen zu lassen, während es Sache des Reichsarbeitsministers sein müßte, dieser Tendenz zu begegnen, mit dazu beizutragen, daß nur wirklich notwendige Mehrstunden angeordnet werden.

Einigung in der badischen Metallindustrie.

Im Konflikt in der Metallindustrie Mittelbadens fanden vor dem Schlichtungsausschuß in Karlsruhe Verhandlungen über Aenderung des Lohnschiedspruches statt. Sie führten zu einer Einigung. Die Parteien stimmten dem Schiedsspruch und der Aenderung des Lohnschiedspruches zu; die ausgesprochenen Kündigungen wurden zurückgezogen.

Lohnarbitrationsentscheidung im ober-schlesischen Bergbau.

Köln, 26. April.

Die ober-schlesischen Bergarbeiterverbände haben in einem Schreiben an den Arbeitgeberverband vom heutigen Tage die Lohnaufsätze für den Kohlenbergbau, für den Erzbergbau und für die Grubenlokalitäten sowie den Mantelarif für den Erzbergbau zum 31. Mai dieses Jahres gekündigt.

Kündigung im Kaliberbergbau.

Im Auftrage der am Tarifvertrag für den Kaliberbergbau beteiligten Organisationen hat der Bergarbeiterverband den Lohnarbitrationsvertrag für die Kaliberindustrie gekündigt.

Die Zementarbeiter Westfalens haben am Donnerstag gemäß der gemerkchaftlichen Streikparole in Paderborn, Steinhausen, Bengerich, Dören, Beckum, Neu-Beckum und Herfeln geschlossen die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um 3200 Arbeiter. Beitrete werden in erster Linie die Zementwerke des Witing-Konzerns, der Eisa.-L.-G. und der Phoenix. Der Streik wird geführt von dem freipewerkschaftlichen und dem christlichen Fabrikarbeiterverband. Vier Werke sind noch am gleichen Tag aus der Front des Arbeitgeberverbandes ausgesprochen und haben mit den Arbeitern Verträge abgeschlossen, die nicht nur weit über den im Schiedspruch festgelegten Sätzen liegen, sondern zum Teil sogar über die Forderungen der Gewerkschaften hinausgehen. Die Stimmung der Streikenden ist sehr zuversichtlich, ihre Disziplin musterhaft.

Beantwortlich für Politik: Dr. Carl Gees; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Schöler; Sozialpolitik: G. G. Köhler; Kassen und Konten: Reichsarchiv; Eisenwesen: G. G. Köhler; Kassen in Berlin; Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermann-Berlag G. m. b. H. Berlin; Verlagsanstalt Paul Schöner & Co. Berlin; 26. April 1927; 78. Jahrgang; 9-12. Sonntag 10-3 Uhr; Auf Wunsch: Vertreterscheit.

Musikaufträge

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise nur Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat. Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

- Rotwurst** schlesische, Pfund 80 Pt.
- Speck fett 90 Pt. mager, Pfd. 1 M
 - Dampf- u. Landleberw. 1.10
 - Mortadella Pfund 1.15
 - Mettwurst (Braunschweig) Pfund 1.15
 - Jagdwurst Pfund 1.30
 - Schinkenpolische Pfund 1.30
 - Filetwurst Pfund 1.40
 - Pökelfleisch gekocht, Pfd. 1.40
 - Schinkenspeck Pfund 1.55
 - Bier- u. Leberwurst Pfund 1.60
 - Zerelat u. Salami holsteinsche Pfund 1.65
 - Ethiopische Kasseler Steak, Kartoffel Pfund 1.15
 - Berl. Mettwurst Pfund 1.15
 - Hildesheimer Pfund 1.25
 - Teowurst Pfund 1.50

- Block-Tilsiter** vollfett, in Stängel, Pfd. 90 Pt.
- Camembert vollf., Pfund 18 Pt.
 - Allgäuer Stangenkäse halbfett, Pfund 30, 40 Pt. vollf., 80 Pt.
 - Ramadou halbfett, Pfund 45 Pt.
 - Edamer halbfett, Pfund 78 Pt.
 - Holländer halbfett, Pfd. 78 Pt.
 - Goudakäse dän., Pfund 75 Pt.
 - Tilsiter vollfett, Pfd. 95 Pt. 1.15
 - Steinbuscher vollf., Pfd. 95 Pt.
 - Schweizer halbfett, Pfd. 85 Pt.
 - Schweizer vollf., Pfund 1.55
 - Speisetalg 1-Pfd.-Paket 50 Pt.
 - Margarine Pfund 52, 58 Pt.
 - Kokosfett 1-Pfund-Teil 62 Pt.
 - Tafelbutter Pfund 1.94
 - Dänische Butter Pfund 2 M

- Olympia-Mehl** 5 Pfd.-Beutel 1 30 1 50 1 60
- Auszugmehl 26, 28, 30 Pt.
 - Kartoffelmehl Pfund 30 Pt.
 - Maispuder Pfund 28 Pt.
 - Weizenpuder Pfund 46 Pt.
 - Mandeln süß, Pfund 1.98, 2.30
 - Backpulver 5 Beutel 30 Pt.
 - Vanille-Schoten, Back-Oele u. -Essenzen
 - Sultaninen Pfd. 45, 64, 75 Pt.
 - Rosinen Pfund 52, 68 Pt.
 - Korinthen Pfund 72, 80 Pt.
 - Mandello Pfund 64 Pt.
 - Kokosflocken Pfund 64 Pt.
 - Zitronat Pfund 1.50
 - Vanillin-Zucker 5 Beut. 20 Pt.

- Fische**
- Grüne Heringe 5 Pfd. 20, 40 Pt.
 - Dorsche Pfund 7 Pt.
 - Bratschollen Pfund 7 Pt. 18 Pt.
 - Seelachs u. Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. 20 Pt.
 - Scheiffische 24 Filet Pfd. 24 Pt.
 - Frische Hechte Pfund von 58 Pt. an

- Frisches Fleisch**
- Lieser Pfund 55 Pt.
 - Kalbskamm u. Brust Pfund 68 Pt.
 - Kalbsnierenbraten Pfund 75 Pt.
 - Kalbskeule ganz u. geölt Pfund 90 Pt.
 - Querrippe Pfund 70 Pt.
 - Rinderkamm u. Brust Pfund 75 Pt.
 - Schmorfleisch und Roastbeef mit Knochen Pfund 94 Pt.
 - Schweinebauch und Rücken mit Beilage Pfund 70 Pt.
 - Schweinekamm und Blatt mit Beilage Pfund 76 Pt.
 - Schweineschinken Pfund 90 Pt.
 - Dickes Rückenfleisch Pfund 60 Pt.
 - Gehacktes Pfund 65 Pt.
 - Kasler, Speer u. Kamm Pfund 1.05
 - Rindernieren-Talg angeglüht Pfund 50 Pt.
 - Suppenfleisch Pfund 52 Pt.
 - Rinderkamm u. Brust Pfund 56 Pt.
 - Hammelvorderfleisch Pfund 76 Pt.
 - Kuheuter 20 Pt. Herzen Pfd. 45 Pt.

- Geflügel**
- Suppenhühner ungarische Pfund 1.05 an
 - Tauben große Stück 85 Pt. an
 - Wolgahühner Pfund 1.20 an
 - Puten Pfund 1.15 1.25
 - Hühner fetts, bräun, Pfund 1.45 an
 - Junge Backhühnchen billig

- Konserven**
- Br.- u. Schnittbohne 1/2 Dose 72 Pt.
 - Stg.-Wachsbrechbohne 72 Pt.
 - Gemüse-Erbsen 60 Pt.
 - Kaiserschoten 1.57
 - Leipziger Allerlei 86 Pt.
 - Gemischt-Gemüse 1.12
 - Spinat 54 Pt. Sellerie 95 Pt.
 - Kohlrabi mit Grün 60 Pt.
 - Riesenschuppargele 3.10
 - Apfelmus 1/2 Dose 33 Pt. 60 Pt.
 - Pflaumen mit Stein 62 Pt.
 - Reineclauden 1.10
 - Ananas Hawaii, 8 Scheiben 1.12
 - Cornichons 4-Lit.-Dose 3.40
 - Apfelgelee Helvetia 3-Pfd.-Eimer 2.80
 - Flußlachs l. Ozean, Pfd.-D. 95 Pt.
 - Brieslinge norwegische, 58 Pt. Öl od. Tom.
 - Oelsardinen franz., 1/2 Dose 1.20
 - Brat- u. Bismarckheringe, Rollmops, Hering in Gelee 1-Liter-Dose 75 Pt.
 - Konfitüre, 2-Pfund-Eimer
 - Pflaumen 1 M Aprikosen 1.10 Orangen, Johannisb. 1.15
 - Kirschen, Erdbeeren, Himbeeren 1.35 Ananas 1.50

- Fludern** geräuchert, Pfund 20 u. 35 Pt.
- Bücklinge Pfund 24 Pt.
 - Sprottbücklinge Pfd. 32 Pt.
 - Seehasen geräuch., Pfd. 75 Pt.
 - Schellfische ger., Pfd. 32 Pt.
 - Räucherzale Bund 40 Pt.
- Frische Ananas** Pfund 95 Pt.
- Eß- u. Kochäpfel Pfd. 20 Pt.
 - Schöner v. Boskop Pfd. 40 Pt.
 - Kaliforn. Äpfel Pfund 50 Pt.
 - Zitronen Duzend 45 Pt. 60 Pt.
 - Bananen kanar. Pfund 52 Pt.
 - Kranzfeigen Pfund 28 Pt.
 - Apfelsinen kalibriert Duzend 70, 95, 1.20
 - Zwiebeln neue Aegyptier 15 Pt.
 - Rhabarber frischer, Pfd. 22 Pt.
 - Malta-Kartoffeln neue, 3 Pfd. 35 Pt.
 - Grüne Gurken St. v. 40 Pt. an
 - Spinat 3 Pfd. 28 Pt. 25 Pt.
- Vollmilch-Schokolade** 75 Pt.
- mit ganzen Haselnüssen, 2 Tafeln à 100 Gr. Pfund 1.15
 - Olympia-Block-Schokolade Pfund 1.15
 - Crème-Schokolade (Apfelsinen u. Himbeeren) 2 Tafeln à 100 Gramm 45 Pt.

- Wein** Preise für 1/2 Flasche ohne Glas
- Edel-Apfelwein aus Tafelobst, mild 58 Pt.
 - Feiner Fruchtwein Cyder (süßer Apfelwein) 90 Pt.
 - Oberhaardter guter Tisch- und Bewieswein 1.10
 - Tarragona Rot süß, vorzügliche Qualität 1.25
 - 1927 Edenkobener milder Pfalzwein 1.25
 - 1927 Wellener Riesling süßlicher Mosel 1.40
 - 1927 Ebernburger Berg frischer, saftiger Pfälzer 1.40
 - 1924 Norheimer Kirschheck blumig, Nahwein 1.60
 - 1926 Erdener süßig, sehr ansprechend 1.60
 - 1921 Chât. Cambon kräftiger Bordeaux-Médoc 2 M
 - 1925 Niesteiner Kitzingerhölle Mummig 2 M
 - 1924 Graves Wachstum Lafort, leinsüßer, weißer Bordeaux 2.30
 - Alter Kräuter-Likör 85 Vol.-Proz., besonders preiswert 2.90
- Wine und Spirituosen vom Faß zu Extra-Preisen**
- Tee**
- Ceylon II Mischung 1.25
 - Indien Mischung 1.55
 - China Mischung 1.70
 - Ceylon Mischung 1.85
 - Darjeeling Mischung 2 M

- A. J. Polak Speisefabrikate in Paketen**
- Kerst-Pudding 25 Pt.
 - Diplomat-Pudding 25 Pt.
 - Mändelchen-Pudding 25 Pt.
 - Göttterspeise 25 Pt.
 - Drainmühlen-Pudding 20 Pt.
 - Frucht-Gelee 20 Pt.
 - Schokolade mit Mandeln 20 Pt.
 - Vanille-Creme 15 Pt.
 - Rote Grütze 12 Pt.
 - Reklame-Pudding 10 Pt.
 - Lekkerbek 10 Pt.
 - Bourbon-Vanille-Sauce 10 Pt.
- Pudding-Sortiment 8 Pakete 1 M**

- Abteilung Frische Blumen** Leipziger Straße
- Buschrosen 5 Stück im Bund 1.60 10 Stück im Bund 3 M
 - Vergißmeinnicht Staupe 12 Pt.
 - Begonien mit Topfballen Staupe 18 Pt.
 - Tausendschön Staupe 30 Pt.
 - Blütenstauden winterharte von 20 Pt. an
 - Dahlien viele Farben Knolle 45 Pt.
 - Wilder Wein Staupe 80 Pt.
 - Efeu Topf 1.10
 - Balkonkästen mit Spalier und wildem Wein von 3.50 an

Jeden Freitag u. Sonnabend: Stoff-Reste u. Abschnitte besonders billig

Religionsdebatten im Rathaus.

Um Krankenhausandachten und weltliche Schulen.

In der Berliner Stadtkonferenzversammlung erlitten gestern die Kirchlichen eine Niederlage. Der Kommunistenantrag, der aus Anlaß des Neutöllner Festes Schminke vom Magistrat forderte, in Krankenhäusern gemeinsame Andachten zu unterfangen, fand eine Mehrheit. Warum mit den Kommunisten auch die Sozialdemokraten für diese Forderung eintraten, legte unser Genosse John dar. Gegen Andachten in gemeinsamen Räumen richtet sich der Antrag, weil nichtkirchliche Kranke sie wie einen Zwang empfinden müssen. Daß auf solche Kranke diese Andachten verstimmend wirken können, so daß die Genesung beeinträchtigt werden kann, erklärte auch der Stadtmedizinalrat Professor Dr. von Drigalski. Er und Oberbürgermeister Böß wehrten nachdrücklich die unberechtigten Angriffe ab, die in der vorigen Sitzung der Stadtkonferenz Treffert als Vertreter des Zentrums gegen die Stadtverwaltung gerichtet hatte. In der Debatte mußte natürlich auch der deutschnationale Pfarrer Koch wieder das Wort nehmen. Wenn er über kirchliche Angelegenheiten spricht, betet vielleicht mancher Gläubiger: „Gott, schütze die Kirche vor diesem Feinde!“ Denn seine Art, zu reden, kann schwerlich die Wirkung haben, für die Kirche zu werden. Als er versuchte, unseren Genossen Adolf Hoffmann anzurempeln, erhielt er die verdiente Abfertigung. Nachher führte eine Anfrage der Deutschnationalen zu einer Auseinandersetzung über die weltliche Schule und über den Schulstreik der „Christlichen“ im Bezirk Prenzlauer Berg. Unser Genosse Hädicke trat den falschen Darstellungen entgegen, die in diesem Bezirk von den Gegnern der weltlichen Schule verbreitet worden sind. Die Debatte kam gestern noch nicht zu Ende.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitz, Genosse Hoff, einen

Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion

zur Kenntnis, der gegen die vom Ausschussrat der Städtischen Freibad G. m. b. H. Wanne für dieses Bad kürzlich beschlossenen Eintrittsgelderhöhung von 10 auf 20 Pf. protestiert. Vom Magistrat wird verlangt, daß er auf den Ausschussrat einwirkt, die Erhöhung rückgängig zu machen. Der Antrag ging an einen Ausschuss. — Die Debatte über den Antrag der Kommunisten wegen der Abhaltung von kirchlichen

Andachten in Krankenhäusern

ging weiter. Gegenüber den Rednern der Rechten und des Zentrums, die es so darzustellen suchten, als ob sich der Antrag gegen die Versorgung der Kranken mit Religionsübungen überhaupt und generell wende, vertrat u. a. auch Genosse John den Standpunkt, daß die Sozialdemokratie in der Hinsicht tolerant sei. Wenn ein Kranker in einem Krankenhaus das Bedürfnis habe, sich religiös zu betätigen, so gestehen wir ihm ohne weiteres geistlichen Beistand zu. Nur wenden wir uns dagegen, daß Andersgläubige oder Dissidenten gezwungen werden, an den Religionsübungen und den kirchlichen Andachten teilzunehmen, ohne daß sie infolge ihres körperlichen Zustandes die Möglichkeit hätten, sich zu entfernen. Wir wenden uns dem gegen Religion und Religionsübungen, wenn sie zum Schutze des Kapitalismus und kapitalistischer Ausbeutung mißbraucht werden. Stille Hörsitzungen sind auch von Menschen vollbracht worden, die aus der Kirche ausgestiegen sind. Daß mit dem Verbot der Religionsübungen in Gemeinschaftsräumen der Krankenhäuser durch das Bezirksamt Neutölln keine Bestimmung der Verfassung verletzt werde, sei vom Stadtmedizinalrat bereits festgestellt worden. Genosse John polemisierte dann gegen die Rechte und besonders gegen Pfarrer Koch. Auch Stadtverordneter Colpari (D. Sp.) sprach ständig davon, daß der Antrag die Befriedigung religiöser Bedürfnisse der

Kranken überall und generell“ verbieten wolle. Dabei forderte der allen Stadtkonferenzen gedruckte Antrag ausdrücklich, sämtlichen Krankenhäusern, Hospitälern, Heil- und Pflegeanstalten Anweisung zu geben, daß auf den Stationen oder in gemeinsamen Schlaf- resp. Speiseräumen religiöse Handlungen nicht abgehalten werden dürfen.

Der Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski vertrat dann in längeren Ausführungen seine ihm als Arzt gegebene Meinung über den Einfluß religiöser Handlungen auf Kranke. Der Kranke, der religiös eingestellt sei, könne von religiösen Übungen durch einen günstigen Einfluß auf seinen Zustand erhalten.

Andererseits könnten aber auch Dissidenten und Andersgläubige ernste Schädigungen erfahren, wenn man sie zwinge, gegen ihren Willen und ihre Ueberzeugung Religionsübungen über sich ergehen zu lassen.

Der Arzt habe hier eben die Pflicht, Kranke zu schützen, so oder so. Diese Verantwortung nehme dem Arzt kein Mensch auf der Erde ab. Der Redner nahm dann den Delegierten für das Gesundheitswesen in Neutölln, Dr. Schminke, gegen die Angriffe der Rechten in Schutz. Er, Schminke, sei nicht ein solcher Kombs, daß er Kindern, noch dazu Kranken, das Beten verbieten würde. Oberbürgermeister Böß bestritt gegenüber dem Zentrumstreiber Treffert, daß der Magistrat die Interessen der in Berlin vorhandenen 400 000 Katholiken vernachlässige. Er empfahl Herrn Treffert sich einmal zu erkundigen, wieviel katholische Kirchen in Berlin auf städtischem Grund und Boden errichtet sind und wie weit herzig die Stadt bei Unterstützung auch der katholischen Vereine und Wohlfahrtsvereinigungen ist. Die Anwürfe Trefferts seien in dieser Beziehung sachlich unbegründet, wahrscheinlich aber aus der gegenwärtigen Wahlzeit zu erklären! (Bravo! links.)

Stadtverordneter Hildebrandt (Dem.) trat dafür ein, daß man keinem Kranken geistlichen Beistand verweigern aber auch nicht aufdrängen solle. Man solle tolerant nach allen Seiten sein. Dann wandte sich der Stadtmedizinalrat in scharfen Worten gegen den deutschnationalen Pfarrer Koch, indem er meinte, in diesem Hause sollte man nicht über religiösen Terror sprechen. Der Stadtmedizinalrat wies den Pfarrer auf das Bibelwort hin: „Niemand hat größere Liebe denn der, der sein Leben läßt für seine Freunde!“ Damit schloß die Aussprache. In einer persönlichen Bemerkung betonte Genosse Adolf Hoffmann gegenüber Pfarrer Koch, daß er, Hoffmann, deswegen nicht zur Sache gesprochen habe, weil Koch so gestäubt worden sei, daß er seine „Lebensjahre“ mehr begehren wolle. (Schallende Heiterkeit.) Stadtverordneter Treffert (S.) bewies in wiederholten „persönlichen Bemerkungen“, was er unter diesem parlamentarischen Brauch versteht. In der Abstimmung wurde der Antrag der Kommunisten mit den Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten angenommen. Ein Antrag der Zentrumsfraktion, der Uebergang zur Tagesordnung verlangte, wurde in namenslicher Abstimmung — die natürlich wieder die Deutschnationalen beantragten — abgelehnt.

Dann kam eine schon vor Wochen gestellte Anfrage der Deutschnationalen wegen

Unser neuer Roman.

Jack Londons „Wolfsblut“, mit dessen Abdruck wir heute beginnen, ist eines seiner Hauptwerke. Es hat noch die ganze sprühende Lebendigkeit, das tiefe Naturgefühl und die Verwahrheitung mit dem Tiere, die dieses auszeichnet. Nirgends ist noch Romantik oder Routine darin zu spüren. Die unermessliche Schneeregion des nördlichsten Amerikas, ein paar Hunde und ein paar Menschen — das ist der ganze Apparat, den der wunderbare Menschen- und Tierkenner braucht, um uns zu spannen und zu ergreifen. Der große amerikanische Volkserzähler, der sich die Welt erobert hat, wird mit diesem Werke sich viele neue Bewunderer in Deutschland erwerben.

Jack London:

Wolfsblut.

Erster Teil.

1. Auf der Fährte nach Fleisch.

Dunkler Lannenwald dräute zu beiden Seiten des gefrorenen Wasserlaufs. Der Wind hatte kürzlich die weiße Schneedecke von den Bäumen gestreift, so daß sie ausfahen, als drängten sie sich unheimlich düster in dem schwindenden Tageslicht aneinander. Tiefes Schweigen lag über dem Bunde, das eine Wildnis war, ohne Leben, ohne Bewegung, so einsam, so kalt, daß die Stimmung darin nicht einmal traurig zu sein schien. Vielmehr lag es wie ein Bächen darüber, ein Bächen, schrecklicher als jede Traurigkeit, fremdlos wie das Lächeln der Sphinx, kalt wie der Frost und grimmig wie die Notwendigkeit. Die unerbittliche, unerforschliche Weisheit des Ewigen lachte da über die Nützlosigkeit des Lebens und seiner Anstrengungen. Es war die echte Wildnis, die ungezähmte, kaltherzige Wildnis des Nordens.

Und doch war Leben in dem Bunde, trostiges Leben noch dazu! Denn den gefrorenen Wasserlauf hinunter zog mühsam eine Reihe wolfsähnlicher Hunde. Ihr dichter Pelz war dick mit Reis bedeckt; ihr Atem froh in der Luft so wie er in dichten Dampfwolken aus ihrem Maule emporstieg und hingte sich als Eiskristalle an die Haare ihres Pelzes. Sie gingen in ledernen Riemen an einen Schlitten gespannt, der hinten nachschleifte. Dieser Schlitten hatte keine Rufen. Er war aus bieder Birkenrinde gefertigt und ruhte mit dem ganzen Boden auf dem Schnee. Das vordere Ende war aufwärts gebogen, um den weichen Schnee, der wie Wellenschäum emporstäubte, aus der Bahn zu schieben. Auf dem Schlitten stand ein langer, schmaler, viereckiger Kasten und noch andere Dinge, wie wollene Decken, ein Fell, ein Kaffeetopf und eine Brautpfanne waren darauf festgeschraubt, doch den größten Raum nahm der lange, schmale, viereckige Kasten ein.

Vor den Hunden wanderte ein Mann auf breiten Schneeschuhen und hinter dem Schlitten ein zweiter. Auf dem Schlitten lag in dem Kasten ein dritter, dessen Mühe und Arbeit vorüber war, ein Mann, den die Kälte der Wildnis niedergemworfen und besetzt hatte, so daß er sich nicht mehr

rühren, noch regen konnte; denn Bewegung liebt sie nicht. Das Leben ist für sie eine Beleidigung, denn das Leben ist Bewegung, sie aber strebt danach, alle Bewegungen aufhören zu machen. So läßt sie das Wasser gefrieren, um zu verhindern, daß es ins Meer fliehe, so treibt sie den Saft aus den Bäumen, bis sie ins innerste Herz hinein erstarrt; und am graufigsten und schrecklichsten verfolgt sie den Menschen und zwingt ihn zur Unterwerfung, ihn, das ruheloseste Wesen, das in steter Empörung gegen den Spruch ist, daß am Ende alle Bewegung aufhören soll.

Vor und hinter dem Schlitten wanderten jedoch unablässig und unerschrocken die beiden Männer, die noch lebendig waren. Ihr Körper war in dicken Pelz und weichgegerbtes Leder gehüllt. Ihre Augenwimpern, Wangen und Lippen waren so vollständig mit den Eiskristallen ihres gefrorenen Atems bedeckt, daß die Gesichtszüge unkenntlich waren, was ihnen das Aussehen von gepulverten Masken gab, von Leichenträgern aus einer irdischen Welt beim Leichenbegängnis eines Gespenstes. Trotzdem aber waren es Menschen, winzige Abenteurer, die durch das Land der Dede, des Hohnes und Schweigens zogen und kampfbereit sich gegen eine Welt stellten, die so fern, so fremd und ohne Leben war, wie die Abgründe im Weltensraum.

Sie wanderten dahin ohne zu sprechen, denn sie mußten den Atem für die Arbeit des Leibes sparen. Ringsumher herrschte lastendes Schweigen, das ihre Seelen bedrückte, wie die Wassermassen den Körper des Tauchers auf dem Meeresgrunde. Es preßte sie mit dem Gewichte der Unermesslichkeit, der unentrinnbaren Notwendigkeit. Es drängte sie in die tiefsten Winkel ihrer Seele zurück und quetschte aus ihnen, wie den Saft aus der Traube, alles falsche Streben, alle unwahre Begeisterung, alle übertriebene Verschätzung irdischer Dinge heraus, bis sie sich klein und unbedeutend vorkamen wie Sonnenstäubchen, die mit wenig Klugheit und geringer Weisheit im Fangballspiel der großen, blinden Naturkräfte sich hin und herbewegten.

Eine Stunde verstrich und dann noch eine. Das bleiche Licht des kurzen, sonnenlosen Tages fing an zu erlöschen, als ein ferner, schwacher Laut gleichsam in die Luft emporstieg. Rasch glitt er einige Töne hinauf, bis er zitternd auf der höchsten Note verweilte und dann dahinstarb. Man hätte ihn für den klagenden Ruf einer verlorenen Seele halten können, wenn nicht aller Traurigkeit eine gewisse hungrige, gierige Wildheit heimgelacht gewesen wäre. Der Vordermann drehte den Kopf herum, bis seine Augen denen des

Errichtung von weltlichen Schulen

zur Behandlung. Stadtschulrat Genosse Rydahl behauptete, daß in jedem Jahre immer wieder die Debatten über die „Sammelkassen“ kommen. Solange allerdings kein Reichsschulgesetz da ist, das eine gesetzliche Unterlage für die Errichtung von weltlichen Schulen bietet, solange wird man auf Ratmaßnahmen angewiesen sein. (Dabei riefen einige Deutschnationalen: „Sehr richtig!“ wobei sie offenbar Herrn Rydahl mit seinem Reichsschulgesetzentwurf verwechselten hatten!) Der Stadtschulrat betonte weiter, daß bei der Errichtung der in Frage stehenden weltlichen Schulen die Erfahrung der früheren Zeiten berücksichtigt werden, wonach nach Eröffnung der Schulen sich immer 30 bis 40 Proz. mehr Schüler anmelden als früher angemeldet waren. Wenn auch im vorliegenden Falle diese Prozentsätze nicht voll erreicht wurden, so haben die Anmeldungen doch voll ausgereicht, um die bereitgestellten Schulen zu füllen. Genosse Rydahl nahm dann die Schulverwaltung gegen Angriffe von rechts in Schutz. Stadtverordneter Genosse Hädicke wandte sich dagegen, daß bei den Anmeldungen zur weltlichen Schule nicht alles ordnungsgemäß zugegangen sei. Das Provinzialschulkollegium hätte alles geprüft und in Ordnung befunden. Hädicke polemisierte dann gegen die Rechte.

Die Beratungen wurden abgebrochen, die Versammlung trat in eine nichtöffentliche Sitzung ein.

Die Räuberhöhle in der Karlstraße.

Was treiben Sie mit meinem Freunde?

Es gibt Verbrechen, von denen nur selten etwas in die Öffentlichkeit dringt; die Opfer scheuen nicht im geringeren Maße das Licht der Entdeckung als die Übeltäter. Wird aber da ab und zu die eine oder andere Tat verhandlungsreif, so findet sie ihren Wertschluß hinter hermetisch verschlossenen Türen...

Auf der Anklagebank sitzen zwei junge Burschen im Alter von 20 bis 24 Jahren; auf der Zeugenbank haben vier gut gekleidete Herren Platz genommen: der eine ein Lehrer mit grauem Haar, die drei anderen — zwei Kellner und ein Heilgehilfe — Leute in mittleren Jahren. Alle sechs — die beiden Angeklagten und die vier Zeugen — fesselt einander der § 175. Zulammen mit einem Freund, dem bereits viermal vorbestraften K., hatte der eine der jüngeren Burschen in der Karlstraße zwei Zimmer gemietet und hier eine regelrechte Räuberhöhle eingerichtet. Als sogenannte Strichjungen sprach gewöhnlich einer von ihnen auf der Straße Herren an und nahm sie zu sich in die Wohnung. Im Augenblick, da alles in bester Ordnung schien, trat dann der Freund herein und die Auspöndelung des Opfers begann. Die Ausgeraubten hielten natürlich reinen Mund. Was sollten sie auch tun. Die Polizei alarmieren? Wie aber, wenn die Burschen für strafbarer Handlungen bezichtigten? Da gibt es dann einen Skandal, Gerichtsverhandlung und ev. Bestrafung nach dem § 175.

Eines Tages aber kamen die beiden Burschen an den Unrechten. Es war ein Heilgehilfe, ein verheirateter Mann, der nach Berlin gekommen war, um einen Kranken nach einem Badeort zu transportieren. Bei sich führte er 50 M. eigenes Geld und 400 M., die er zum Transport erhalten hatte. Natürlich hatte er ein über den Durst getrunken. Der Zwanzigjährige sprach ihn auf der Straße an und dann ging alles nach dem bekannten Schema. Der 24jährige stürzte ins Zimmer: „Was treiben Sie da mit meinem Freund, ich rufe die Polizei, geben Sie Ihr Geld her.“ Der Jüngere packte den Heilgehilfen am Halbe, der Ältere drohte ihm mit irgendeinem Gegenstand in der Hand; einem Haus Schlüssel oder einem Revolver. Der Heilgehilfe war bereit, ihm die eigenen 50 M. zu geben, stellte, man möge ihm ja die 400 M. lassen, mühte aber schließlich das ganze Geld hergeben. Ja, selbst das Klappen der Wirtin an die Tür des Zimmers störte die jungen Burschen nicht. „Es geht Sie nichts an, was wir hier machen“, schrien sie ihr zu. Der Ausgeplünderte wurde an die Luft gesetzt. Er eilte aber zum nächsten Schutzhmann, führte ihn in die Räuberhöhle und ließ die jungen Leute festnehmen.

Man überlege sich, mit welcher Sicherheit die beiden ihr räuberisches Handwerk ausüben. Sie hätten sich ja sagen müssen, daß es für ihre Opfer ein Leichtes sei, sie aus ihrer Wohnung holen zu lassen... Hinterher wurden auch noch andere Fälle bekannt. Wieviel mögen aber unentdeckt geblieben sein? — Der Staatsanwalt beantragte für den einen acht Jahre, für den

Gefährten begegneten, dann nickten sie einander verständnisvoll über dem schmalen, länglichen Kasten zu.

Ein zweiter Ruf erklang, der schrill wie eine spitze Nadel durch das Schweigen fuhr. Beide Männer erkannten, daß die Richtung, aus der er ertönte, die Schneewüste war, die sie soeben durchkreuzt hatten. Ein dritter Schrei — wie eine Antwort aus derselben Richtung, aber links von dem zweiten Ruf.

„Sie sind hinter uns her, Bill.“ sagte der Vordermann. Die Stimme klang heiser und geisterhaft; der Mann hatte scheinbar mit Anstrengung gesprochen.

„Das Fleisch ist knapp,“ antwortete sein Gefährte. „Ich habe seit Tagen nicht die Spur von einem Kaninchen gesehen.“ Weiter sagten sie nichts, doch lauschten sie aufmerksam auf den Jagdschrei der Verfolger, der dauernd hinter ihnen her ertönte.

Beim Einbruch der Dunkelheit lenkten sie die Hunde in ein Tannengebüsch am Rande des Wasserlaufs und schlugen das Lager auf. Der Sarg neben dem Feuer diente als Sitz und Tisch. Die wolfsähnlichen Hunde drängten sich hinter dem Feuer zusammen, knurrten und bissen sich, zeigten jedoch keine Lust, sich ins Dunkel zu wagen.

„Wir scheint, Heinrich, sie bleiben heute merkwürdig dicht beim Lager,“ bemerkte Bill.

Heinrich, der am Feuer hockte und den Kaffeetopf mit einem Stück Eis aufstellte, nickte. Er sprach auch nicht eher, als bis er seinen Platz auf dem Sarg eingenommen und zu essen angefangen hatte.

„Sie wissen, wo ihr Fell am sichersten ist,“ versetzte er. „Sie fressen auch lieber, als daß sie sich fressen lassen. Es sind ganz kluge Hunde.“

Bill schüttelte den Kopf. „Oh, das weiß ich doch nicht.“ Sein Kamerad blickte ihn verwundert an. „Zum erstenmal höre ich dich etwas gegen ihre Klugheit sagen.“

„Du, Heinrich,“ entgegnete der andere, indem er langsam an den Bohnen laute. „Hast du vielleicht bemerkt, was für einen Spektakel die Hunde machten, als ich sie fütterte?“

„Sie larmten allerdings mehr als gewöhnlich,“ bestätigte Heinrich.

„Wieviel Hunde haben wir, Heinrich?“

„Sechs.“

„Schön.“... Bill hielt einen Augenblick inne, um seinen Worten größeren Nachdruck zu geben. „Wie du eben sagtest, Heinrich, haben wir sechs Hunde. Ich nahm auch sechs Stück Fleisch aus dem Sack. Ich gab jedem Hund einen Fisch, und hatte doch einen zu wenig, Heinrich.“ (Fortsetzung folgt.)

anderen sechs Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Die jungen Burken führten im Gerichts- saal ein Theater auf, schrien laut, riefen von ihrer Anklagebank auf den Boden, beruhigten sich aber sofort, als das Urteil nur auf drei Jahre Gefängnis lautete. Landgerichtsdirektor Stein- haus meinte in der Urteilsbegründung, das Zuchthaus wäre für die jungen Menschen ein Ruin, im Gefängnis wäre für sie der Weg zur Besserung noch nicht endgültig abgeschlossen. Der berichtigte § 175 wird jedoch noch manches Opfer fordern.

Nach 6 Jahren! Die Uhr des Ermordeten.

Ein heimtückisches Verbrechen, dem im Juni 1922 ein be- lagter Kassenbote zum Opfer fiel, konnte jetzt aufgeklärt werden. Einer der Täter wurde in der Person eines 38 Jahre alten früheren Ziegeleiarbeiters und jetzigen Wander-Photo- graphen Reinhold Klemmstein in Bernburg in Anhalt verhaftet. Sein Helfershelfer wird noch gesucht.

Am Sonnabend, dem 17. Juni 1922, wurde kurz nach 7 Uhr morgens von Landarbeitern der 80 Jahre alte Kassenbote Karl Essig aus Neudamm in einem Gebüsch ermordet aufgefunden. Essig hatte Bohnengelder nach der Borsdorfer Ziegelei gebracht und an jenem Tage 210000 Papiermark bei sich geführt. Gewohnheitsmäßig legte er den Weg auf seinem Rade zurück und kam dabei einem schmalen Feldweg entlang, der an einem kleinen Bach vor- überführte. In der Nähe dieses Baches wurde unter Weidenbüschen die Leiche gefunden. Spuren am Fundort deuteten darauf hin, daß zwischen dem Ermordeten und seinen Mördern ein überaus heftiger Kampf stattgefunden haben mußte. Essig war die Kehle durchschnitten worden. Im Bache entdeckte man das Rad und den Rucksack, aus dem das gebündelte Geld ge- räubt war. Von dem persönlichen Besitz des Boten hatten die Täter eine goldene Uhr geraubt.

Diese Uhr, die die Inschrift „Perfekte-Neudamm“ trug, bildete bei den Nachforschungen der Behörden jahrelang den einzigen Anhaltspunkt. Der Verdacht fiel (schon damals auf Leute, die den Schmitter- und Ziegeleiarbeiterkreisen in der Gegend angehörten. Erst im Jahre 1924 kam den Kriminalbehörden zu Ohren, daß in dem kleinen Orte Wütheln bei Werseburg im mitteldeutschen Brautobstengebiet seit etwa 1 1/2 Jahren ein Mann lebte, der den Spitznamen „der Graf“ führte. Er war von auswärts zuge- wandert und hatte über ziemlich viel Geld verfügt, dessen Herkunft dunkel war. Die Inflation hatte aber seinen verdächtigen Reichtum verschlungen. Der Mann, ein gewisser Klemmstein, war aus der Stadt schon wieder verzogen. Endlich gelang es festzustellen, daß er sich aus Hamburg abgemeldet hatte, weil er nach Amerika auswandern wollte. Trotzdem er so zunächst unerreichbar schien, forschte man nach seinem Verbleiben. Tatsächlich war er in der Gegend von Neudamm Ziegeleiarbeiter gewesen, war auf seinen Kreuz- und Quersfahrten auch nach Wütheln gekommen, hatte wegen Diebstahls wiederholt im Gefängnis gesessen und sich schließlich zum Wanderphotographen ausgebildet. Zur allgemeinen Ueberraschung wurde festgestellt, daß er nicht nach Amerika ausgewandert war, sondern sich in Bernburg niedergelassen hatte. Einige seiner Helfershelfer bei den kleineren Diebstählen wurden ermittelt und so erfuhr man, daß er ihnen gegenüber eigentümliche Andeu- tungen über seinen früheren Reichtum gemacht hatte.

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Landsberg a. d. W. wurde ein Berliner Kriminalbeamter nach Bernburg entsandt, der bei einer überraschenden Durchscheidung der Behausung Klemmsteins unter allerlei Gerümpel die „Perfekte-Uhr“ des ermordeten Kassenboten fand. Klemmstein wurde daraufhin sofort festgenommen. Nach langem Leugnen legte er dann endlich ein Geständnis ab. Er wurde nach Landsberg gebracht und schiederte bei einem Lokal- termin an der Marktplatz die einzelnen Vorgänge. Sein Helfer bei dem Raubmord ist nach seiner Behauptung ein polnischer Schmitter namens Pollak gewesen, der „der schwarze Kasper“ genannt wurde. Dieser Mann, der jetzt etwa 35 Jahre alt sein muß, war mit Klemmstein auf einer Arbeitsstelle. Der Gesuchte ist 1,80 Meter groß und fällt durch seine sogenannte „Bü- doggnase“ auf. Mitteilungen über seinen Aufenthalt nehmen die Staatsanwaltschaft in Landsberg und das Berliner Raubdezernat entgegen.

Gegen die Mieterfeinde.

Entschließung des Reichsbundes Deutscher Mieter.

Die zur Bundesratsitzung am 6. und 7. April 1928 in Berlin aus allen Teilen Deutschlands versammelten Vertreter des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. in Berlin, protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die erneute Verschärfung des Miet- und Wohnrechts. Durch Vordringensforderungen der einzelnen Völkervereinigungen sind außerordentlich viele Gewerbe- und Wohn- raummietler in die größte Bedrängnis geraten. Diese verheerliche Politik im Miet- und Wohnrecht ist bis in die jüngste Zeit fort- geföhrt worden und hat ihren Höhepunkt in dem vor einigen Wochen vom sterbenden Reichstag beschlossenen neuen Kündigungsvorhaben erreicht. Als ausgesprochen mieterfeindlich haben sich sämtliche Re- gierungsparteien gezeigt, während die Linksparteien bis einschließ- lich der Demokraten die Interessen der deutschen Mieterschaft nach besten Kräften vertreten haben. Da der kommende Reichstag sehr wichtige wohnungspolitische Entscheidungen zu treffen hat, ist es unbedingt notwendig, daß die gesamte Mieterschaft aus der Tätig- keit des letzten Reichstags die Lehre zieht und am Wahltag unserer Parole folgt:

Keine Stimme den mieterfeindlichen,
sondern

Alle Stimmen den mieterfreundlichen Parteien.

Dem Sozialismus die Zukunft!

Die 51. Abteilung, die im westlichsten Teil von Charlottenburg liegt, veranstaltete eine öffentliche Wählerversammlung. Genossin Ladenhagen sprach im besonderen zu den Frauen und Mäd- chen des arbeitenden Volkes. Sie erinnerte sie an ihre Pflicht, am 20. Mai sozialdemokratisch zu wählen. In großen Zügen besprach die Referentin die Sünden des Bürger- bloßes, der den arbeitenden Massen neue Lasten gebracht hat. — Genosse Dr. Kammerau sprach über „Die Jugend und die Par- teien“. Er schilderte den ewigen Kampf des Werden mit dem Bergehenden. Wir müssen versuchen, diesen Kampf zu verstehen und ihn so zu führen, daß Wahrheit und Ge- rechtigkeit ihn leitet, dann wird die Jugend vor Ueberhebung bewahrt bleiben und die Älteren müssen mit der Zeit mitgehen und sich vor Stillstand hüten. Dem Sozialismus gehört die Zukunft. Ein wirksamer Kampf für den Frieden der Welt ist nur unter sozialistischer Fahne zu suchen. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen der Redner. — Zum Schluß wurde der Wahlfilm gezeigt, der ebenfalls zu häufigem Beifall hinriß.

Nach Ammanlah erst? Es war schon recht lächerlich geworden, wie einzelne deutsche Industriefirmen hinter dem König Ammanlah von Afghanistan hergelaufen sind, in der Hoffnung, dieser König aus dem Morgenlande könnte in Deutschland auch riesige Bestellungen hinterlassen. Stelleich — wir wissen nicht, ob die Werbung stimmt — hat man Ammanlah und auch manchem Unternehmer unrecht getan; denn jetzt soll die afghanische Regierung wirk- lich etwas bestellt haben: bei der Ostfälischen Spezialmaschinenfabrik Ernst Hamburger G. m. b. H. nämlich eine große Woll- wäschereianlage, von der gesagt wird, daß sie die bisher größte überhaupt gekaufte Maschine ist. Die Anlage soll dazu dienen, das im Lande gewonnene Rohmaterial zu verarbeiten.

Der Aktenschleibungsprozeß Kunert.

Herabsetzung der Strafen.

Im Aktenschleiber-Prozeß Kunert wurde gestern die Be- zugsungsverhandlung durchgeführt. Sie endete mit der Herab- setzung der Strafe für Kunert von 6 auf 3 Monate Gefängnis. Die Strafe des Justizbeamten Kossel wurde aus Zuchthaus in Gefängnis umgewandelt.

Die Bezugsungsverhandlung gegen den Bankdirektor Clemens Max Kunert konnte überraschend schnell durchgeführt werden. Die Verteidigung Kunerts hatte nämlich auf sämtliche von ihr ge- ladenen Zeugen verzichtet. Die Rechtsanwältin Dr. Alberg und Sereni griffen das Urteil gegen Kunert an. Sie bestritten, daß die von Kunert beseitigten Akten, die längst abgelegt worden waren, noch als Akten zu betrachten seien, die im Gebrauch waren. Kunert

Öffentl. Wählerkundgebungen

Heute, Freitag, 27. April:

Tempelhof, Treffpunkt zum Verbeugung 10 Uhr Neue Straße Ecke Dorffstraße; anschließend Kundgebung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße. Redner: Bernhard Böring.

Köpenick, 10 1/2 Uhr im Stadttheater, Friedrichstr. 6. — Um 10 Uhr Platzkonzert auf dem Wilhelmplatz, ausgeführt vom Musik- verein „Echo“ und dem Tambourkorps des Reichsbanners. Redner: Bundtagsabgeordnete Wulfe Köhler und Reichstags- abgeordneter Dr. Kurt Löwenstein.

Lichtenberg, 10 1/2 Uhr im Pestalozzi-Oberrealschule, Prinz-Albert- Straße 44. Redner: Robert Brauer.

Steglitz, 10 Uhr in der Schulaula, Heefestr. 15. Redner: Pfarrer August Bieler.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Friedrichshagen (109. Abt.) Wählerinnen-Versammlung

Vortrag der Genossin Minna Todenhagen: „Aus eigener Kraft“ (mit Lichtbildern). Alle Genossinnen, die Frauen der Genossen, Vorwärtsleser u. Sympathisierende sind eingeladen!

habe sich in einem Notstand befunden, da die alten Akten von seinen Feinden, die sich auf unrechtmäßige Weise von deren Inhalt Kenntnis verschafft hatten, gegen ihn ausgenutzt worden seien. Es sei zweifel- haft, ob Kunert sich bei seinem Vorgehen einer strafbaren Handlung bewußt gewesen sei. Mindestens müsse das bei dem Strafmaß berück- sichtigt werden. Für den mitangeklagten Justizbeamten Kossel machten Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Dr. Eisen- staedt geltend, daß er mit diesen Akten als Beamter nichts zu tun gehabt habe, und daß er daher bei der Beurteilung seiner Straf- tat nur als Privatmann gehandelt habe. Die Strafkammer hielt den Bankier Kunert schuldig der gemeinschaftlichen Anstiftung zur gewinnfüchtigen Aktenbeseitigung und der gemeinsamen Beamten- bestechung. Die Strafe wurde aber auf die Hälfte, nämlich auf drei Monate herabgesetzt. Bei Kossel schloß sich die Straf- kammer dem Standpunkte der Verteidigung an und verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis; während in der ersten Instanz gegen ihn auf Zuchthaus erkannt worden war. — In der Ermittlungssache gegen Bankdirektor Kunert wegen Betruges mit Mißbrauchsanleihen gegen- über dem Staate sind die Ermittlungen auf neue Strafhandlungen ausgedehnt worden, jedoch steht die Erhebung der Anklage in Kürze bevor.

Ein Museum der Berliner Feuerwehr.

Auf der Feuerwache „Suarez“, Suarezstr. 9/10 in Charlottenburg, ist ein Feuerwehrmuseum einge- richtet worden, das von Interessenten besichtigt werden kann. Als Besuchszeit sind die Stunden am Sonntag von 8 bis 12 Uhr festgesetzt. Im Ausnahmefalle können auch wochen- tags die Nachmittagsstunden von 2 bis 6 Uhr zur Besichtigung ge- währt werden; es empfiehlt sich jedoch wegen des Wachdienstes, dann vorher telefonische Vereinbarung zu treffen. (Amt Wilhelm 4586.) Das Museum umschließt drei Bodenräume eines Seitensüßels, die mit einfachsten Mitteln hergerichtet sind; es sind dort Fahrzeuge, Modelle und Geräte aller Art aufgestellt: Alte Feuerspritzen mit Druckpumpen; Wasserlösler; Modelle der Fahrzeuge der Berliner Feuerwehr von ihrer Gründung (1851) bis zur Jetztzeit; Modelle von Feuerwachen; Feuerlöcher der verschiedensten Typen; An- griffs-, Lösch-, Rettungs-, Beleuchtungs- und Ausrüstungsgeräte; zahlreiche Modelle von Rauchschutzhelmen; Tafeln mit statistischen Angaben, meist in anschaulicher Bildform, Brandobjekte aller Art (Baustoffe, Metalle usw.). Die Besichtigung des Feuerwehrmuseums kann seiner Eigenart wegen sehr empfohlen werden.

Sozialdemokratische Gemeindepolitik.

Im ersten Heft der Zeitschrift „Die Gemeinde“, die eine Anzahl sehr interessanter und auch im Hinblick auf die kommunalen Wahlen wichtiger Aufsätze bringt, schreibt Dr. H. Bürger über die Abgabenscheidung nach kommunalem Abgaberecht. „Städte- krieg um den Finanzausgleich“ ist ein Artikel von Bürgermeister Lindemann benannt, der sich sehr eingehend mit den neuen Denkschriften des Magistrats Berlin einerseits und der Bürgermeister an der Ruhr andererseits beschäftigt. Ueber die vielfältigen Aufgaben der Gemeinden bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten berichtet der Sekretär der Kommunalpolitischen

Funkwinkel.

„Die Wandlung des Berliner Jungen“ schilderte Chefredaktor Georg Freund. Er zeigte, wie das gesteigerte Lebenstempo der Zeit aus den lustig vogelbühnenden Berliner Jungen kämpfende und ringende junge Menschen gemacht hat. Interessant, aber doch von etwas zu geringer Allgemeinverständlichkeit war der Vortrag von Prof. Dr. Wilhelm Eitel, der über das Thema „Die Gläser“ sprach. Dr. Herbert Rosenfelds Ausführungen über „den sozialen Gedanken in der modernen deutschen Literatur“ boten einen guten Ueberblick über die Entwicklung der naturalistisch-sozialistischen Dichtung, allerdings in etwas wüstlicherer Auswühl. Doch die knappe Zeit erschwerte viele Beschränkung. Am Nachmittag las R. Feitz Wendelsohn reichlich geschraubte „Funktropfen“. Der Wond brachte Hermann Bahrs „Gelbe Nachtigall“ als Gedichtspiel. Das lustige, nachdenkliche, wenn auch nicht sehr tiefe Dialogspiel erlebte unter Alfred Brauns Regie eine gelungene, sehr unter- haltende Aufführung.

Zeitschrift, Genosse Wolff, der einen sehr reichen Ueberblick über die Ausführungsbestimmungen künftiger Länder gibt. Stadtrat Treitel-Berlin schreibt über die Selbstkosten in den städtischen Krankenanstalten, über die Kur- und Verpflegungssätze. Weitere Artikel behandeln die Frage der Arbeitslosenversicherung im Ver- hältnis zu den Gemeinden sowie die Verwaltungsreform der Städte- werke.

Für die Land- und Kleingemeinden findet sich eine Arbeit des Gemeindeforschers Wähler, die aus der Praxis über die steuerlichen Auswirkungen des Gesetzes betr. Auflösung der Guts- bezirke berichtet. Der Stadterordnete Haverkamp informiert über die Organisation und Arbeit der Fürsorgeanstalten. Rumbachman über allgemeine und ländliche Gemeindepolitik ergänzen das reichhaltige Material. Besonders zu begrüßen ist die Rubrik „Wahlen“, die laufend einen Ueberblick gibt über die Erfolge unserer Partei im Kampfe um Positionen in den Kommunen.

So ausgestaltet ist die „Gemeinde“ die führende Zeitschrift auf dem Gebiete der Kommunalpolitik und wird immer wachsender Be- deutung für alle in der Kommune arbeitenden Frauen und Männer. In jede Verwaltung und Bibliothek gehört die „Gemeinde“. Sie er- scheint vierzehntäglich, kostet monatlich 90 Pf. und ist bei jeder Post- anstalt und dem Verlag J. H. W. Dietz, Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Auf dem Wege nach New York.

Die Reise der „Bremen“-Flieger.

New York, 26. April.

Wie aus Lake St. Agnes gemeldet wird, ist das Ford-Flugzeug mit den Ozeanfliegern an Bord gegen 22 Uhr mittlereuropäischer Zeit dort gelandet.

New York, 26. April.

Wie aus Clark City gemeldet wird, ist dort heute nachmittag um 19.10 Uhr (M. Z.) das Ford-Flugzeug auf dem Wege nach New York gelichtet worden. — Hünefeld hat Fräulein Junters gemeldet, daß das Ford-Flugzeug in der Murray-Bay zwischen- landen will. Die Landungsplätze von Murray Bay und Lake St. Agnes sind durch Schneefälle heute in Ordnung gebracht worden. Das Flugzeug dürfte heute nacht auf seinem Zwischen- landungsplatz verbleiben, um erst morgen früh nach New York weiterzufahren. Die Eisverhältnisse im amerikanischen Norden haben sich so verschlechtert, daß der Abflug des Ford-Flugzeuges dringend notwendig war. Auch die „Bremen“ soll auf schnellste Weise per Schiff von Greenly Island weggebracht werden. Es steht nunmehr fest, daß mit dem dreimotorigen Ford-Flugzeug neben den drei Ozeanfliegern auch Cuisinier und der Zeitungskorrespondent Murphy mitfliegen. Es ist aber noch fraglich, ob die Ozean- flieger mit dem Ford-Flugzeug nach New York kommen werden oder mit der ihnen entgegengesetzten Duntersmaschine des Piloten Reichlor.

Charlottesville, 26. April.

Das Juntersflugzeug F 13, das, wie erinnerlich, Ersatzteile für die Bremen abgegeben hatte, wird jetzt schleunigst von den Mechanikern instand gesetzt, da es, wenn möglich, noch heute nach Montreal starten soll. Es soll, soviel man hört, die Bremenflieger in Montreal an Bord nehmen und entweder Freitag oder Sonnabend mit ihnen in New York eintreffen. Diese Anordnung soll darauf zurückzuführen sein, daß in den beteiligten Kreisen die Empfindung herrschte, die Bremenbesatzung werde es vielleicht vorziehen, nachdem sie ihr eigenes Flugzeug zurücklassen mußte, das eigentliche Ziel des Transoceanfluges in einem Flugzeug zu erreichen, das das Ebenbild der Bremen ist. — Der Leiter des Ein- wanderungsamtes der Vereinigten Staaten in St. Albans (Vermont) ist angewiesen worden, sämtliche für die Einreise nach den Ver- einigten Staaten sonst üblichen Formalitäten beiseite zu lassen und den Bremenfliegern in jeder Weise behilflich zu sein, falls sie die Grenze in seinem Amtsbezirk überschreiten wollen.

Bremen, 26. April.

Nach einer beim Norddeutschen Lloyd eingegangenen Meldung beabsichtigen die Ozeanflieger, die, wie bereits gemeldet, heute früh von Greenly Island abgeflogen sind, an der Besichtigung des Fliegers Bennett teilzunehmen.

Der Krakatau in Tätigkeit.

Batavia, 26. April.

Der Vulkan Krakatau ist in den letzten 24 Stunden wieder in Tätigkeit getreten. Von den 30 Ausbrüchen, die in diesem Zeit- raum beobachtet wurden, erreichte einer eine Höhe von etwa 250 Metern.

Das Fest der goldenen Hochzeit begeht am kommenden Sonn- tag, dem 29. April, Genosse Hermann Schöner und seine Ehefrau Hermine, Charlottenburg, Rummelstr. 70, wohnhaft. Der Jubilar, seit höchster Jugend Parteigenosse, ist seit über 50 Jahren Mitglied des „Vorwärts“ und war ununterbrochen bei der Firma Edele u. Stefand tätig. Sein Schwiegerohn ist der bekannte Vor- tragskünstler Josef Blaich.

Topographische Drahter. Zeitung Erich Gutzeit, Uebungsaberbh jehen Freitag, abends 8 1/2 — 11 Uhr, in Neuloh, Hermannstr. 199 (Nähe Steinmetzstraße). Gäste stets willkommen.

Sport.

Kennen zu Grunewald am Donnerstag, dem 26. April.

1. Kennen. 1. Arrländer (Rarr), 2. Neolus (D. Schmidt), 3. Guten- berg (Schlitz). Toto: 17: 10. Platz: 13, 15: 10. Ferner liefen: Schne- ball, La Margna, Pompejus.
2. Kennen. 1. Vorfal (Woff), 2. Rogatthmus (Waller Heuer), 3. Lounus (Bismarck). Toto: 59: 10. Platz: 19, 33, 23: 10. Ferner liefen: Henslein, Jagomath, Kriegswinnler, Vitale, Palast, Atlantic.
3. Kennen. 1. Gertolna (Hannes), 2. Beluga (Grabitz), 3. Ver- wechlung (Rachmeier). Toto: 95: 10. Platz: 32, 30: 10. Ferner liefen: Delate, Bringslein, Karmel, Drmug, Gernat, Legende, Paradenia, Stemus, Sangeslust, Lobelia, Ananas.
4. Kennen. 1. Ferro (Grabitz), 2. Mignon (D. Schmidt), 3. Hilen- berg (Wermann). Toto: 14: 10. Platz: 14, 21, 22: 10. Ferner liefen: Abtatum, Ferro, Impressionist, Wandholder, Dberon I.
5. Kennen. 1. Piemont (Hannes), 2. Rajeta (D. Schmidt), 3. Hrell- stein (Williams). Toto: 95: 10. Platz: 23, 14, 23: 10. Ferner liefen: Dia, Letzte Nabel, Preussenhof, Tartar, Zillensee, Anton, Kusan, Kotten- stein, Wien.
6. Kennen. 1. Grusa (Hauer), 2. Werben (D. Schmidt), 3. Lotte (Bismarck). Toto: 43: 10. Platz: 14, 14, 15: 10. Ferner liefen: Erl- löwig II, Goldener Frieden, Bländer, Favorit, Dried, Eintracht II.
7. Kennen. 1. Dalberg (Varga), 2. Rubi (D. Schmidt), 3. Dagen (Hannes). Toto: 72: 10. Platz: 24, 14, 20: 10. Ferner liefen: Blade, Burgant, Altornell, Ralmorgen, Alexander der Große, Lichtstein, Ping Toug, Mercarius, Schneberg, Ruvio, Kantschak.

Zur Bewilligung nach Werber beziehen die Dampfer der Reichs- Rind ab Sonntag, 29. April, von Charlottenburg, Tagher Weg, 9 1/2 Uhr nachmittags. Die Dampfer werden nach Bedarf in Dienst gestellt. Es stehen offene und ge- schlossene Dampfer bereit, je nach der Witterung.

Reife Milch
und dazu Kuleke,
das ist die richtige Nahrung
für Dein Kind.

Schafft Ordnung am Halle'schen Tor!

Pläne zur Straßen- und Verkehrsreform.

Am Halle'schen Tor haben sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte so schlimme Verkehrsverhältnisse herausgebildet, daß die Notwendigkeit durchgreifender Abhilfe sich immer stärker aufdrängt. Im Zusammenhang mit dem Plan, den Hochbahnhof Halle'sches Tor durch einen Umbau dem gesteigerten Verkehrsbedürfnis anzupassen, ist der Gedanke entstanden, die Belle-Alliance-Brücke zu verbreitern und den gesamten hier zusammenströmenden Straßenverkehr neu zu regeln.

Das Straßenbauamt der zentralen Tiefbauverwaltung des Magistrats hat für die Umgestaltung einen Entwurf aufgestellt, von dessen Ausführung es eine schnellere Abwicklung des Verkehrs erwartet. Dasselbe erstrebt mit anderen Mitteln ein Entwurf, den das Bauamt des Verwaltungsbezirks Kreuzberg angefertigt hat. Die Frage, welcher der beiden Entwürfe zur Ausführung kommen soll, ist von großer Bedeutung für die weitere Verkehrsentwicklung des Stadtteils. Beide Entwürfe hat das Bezirksamt Kreuzberg in einer Denkschrift nebeneinander gestellt, die den Bezirksverordneten zur Kenntnisnahme vorgelegt worden ist.

Der Entwurf der Zentrale hält daran fest, daß am Halle'schen Tor die Straßen und ihr Verkehr strahlenförmig zusammenlaufen. Hauptsächlich aus dieser Eigenart des Straßengefüges in der Umgebung des Halle'schen Tores ergeben sich die Verkehrsverhältnisse, die jetzt Abhilfe bedürfen. Nach dem Entwurf der Zentrale will man nun die Belle-Alliance-Brücke verbreitern, den Blücherplatz bedeutend erweitern, aus Brücke und Blücherplatz zusammen eine große Platzfläche schaffen und den gesamten Straßenverkehr im Kreise um sie herumführen. Dagegen erstrebt der Entwurf des Bezirkes eine Entlastung dieses Verkehrsnotenpunktes durch Schaffung von Umgehungsstraßen, auf denen man aus der Lindenstraße und aus der Königgräber Straße ohne Berührung des Blücherplatzes nach Tempelhof gelangen kann.

Das Bezirksamt hebt hervor, daß bei dem Entwurf der Zentrale die Gebäude des Halle'schen Tores abgebrochen werden müssen und auf dem zu erweiternden Blücherplatz die Zurüstung der Baufluchtlinien hohe Grunderwerbskosten erfordert. Von den an der Südseite des Platzes liegenden wertvollen Grundstücken müßte ein 4 Meter breiter Streifen zur Platzverbreiterung hergegeben werden. Auch das Warenhausgrundstück an der Ecke der Belle-Alliance-Straße und des Tempelhofer Ufers müßte beträchtlich zugeschnitten werden. Nicht nennenswert wären dagegen die Grunderwerbskosten bei Anlegung der Umgehungsstraßen, durch die der Entwurf des Bezirkes die Verkehrsverhältnisse des strahlen-

förmigen Straßengefüges mildern will. Eine östliche Umgehungsstraße soll von der Ecke der Lindenstraße und der Hofmannstraße mit einem schon vor dem Kriege von der Stadt geplanten kurzen Straßendurchbruch zur Alten Jakobstraße geführt werden, von wo dann der Weg frei ist über Jossener Brücke, Jossener Straße, Friesenstraße zur Parabelstraße am Flugplatz und eine Fortsetzung südwärts unter der Ringbahn hindurch nach Tempelhof zu schaffen wäre. Die westliche Umgehungsstraße führt von der Königgräber Straße durch Großbeerenstraße, Dorfkstraße, Kappachstraße, Wittelsbacherstraße unter der dort bereits gebauten Ringbahnbrücke hindurch nach Tempelhof und hat ihre Fortsetzung in schon vorhandenen Straßen. An dem durch diese Umgehungsstraßen entlasteten Halle'schen Tor könnten die Zorgebäude erhalten bleiben. Nur wäre nötig, die Bürgersteige vor den beiderseitigen Kolonnaden zum Fahrdamm hinzuzunehmen und dafür die Bürgersteige unter den Kolonnaden durch Hinzunahme der angrenzenden Bäden zu verbreitern.

Für die Straßenbahn ist die Linienführung so gedacht, daß bei dem Entwurf des Bezirkes einige der Linien teils über die Jossener Brücke (wie schon jetzt), teils durch die Großbeerenstraße (nur Linie 25) umgeleitet werden. Dann bleiben in Richtung Königgräber Straße zur Gieshiner Straße 6 Linien und in Richtung Zorgebäude zur Belle-Alliance-Brücke 9 Linien. Mit einer Verbreiterung der Belle-Alliance-Brücke rechnet auch der Entwurf des Bezirkes. Es gibt dann hier nur zwei geradlinige Richtungen, die einander kreuzen. Kurven und Weichen sind vermieden. Nach dem Entwurf der Zentrale müßte die aus der Kanalüberbrückung und dem größeren Blücherplatz zusammengesetzte Platzfläche von nicht weniger als 19 Straßenbahnlinien berührt und zum Teil umfahren werden. (Die Wagen der Linie Stadtring müßten von der Königgräber Straße über die Belle-Alliance-Brücke um den ganzen Blücherplatz herum und wieder über die Belle-Alliance-Brücke zur Gieshiner Straße fahren.)

Die Bezirksversammlung Kreuzberg hat nach Kenntnisnahme der Denkschrift sich einmütig dem Bezirksamt angeschlossen und hiermit den Entwurf des Bezirkes grundsätzlich gebilligt. Die Entscheidung, die bei der Zentralverwaltung und danach bei der Stadtverordnetenversammlung liegt, sollte nicht noch lange verzögert werden. Denn die Verkehrsverhältnisse am Halle'schen Tor lassen sich so, wie sie jetzt gemeldet sind, nicht länger mehr ertragen. Der Entwurf des Bezirkes könnte in nicht ferner Zeit ausgeführt werden, so daß bald Abhilfe und Ordnung am Halle'schen Tor geschaffen wäre. Dagegen müßte bei dem Entwurf der Zentrale die Ausführung wahrscheinlich bis zur Beschaffung der erforderlichen vielen Millionen hinausgeschoben werden.

Vorschlag Wolffs sein: Wenn die Reichsforschungsgesellschaft für Wohnungstypen von 45, 57 und 70 Quadratmeter Wohnfläche in absehbarer Zeit eine Reihe optimaler Grundrissformen gefunden hat, so sollte mit öffentlichen Geldern keine Wohnung mehr gefördert werden, die hinter dem so ermittelten Optimum zurückbleibt.

Prof. Garbow-Berlin warnte davor, die Mechanisierung, etwa für das wichtigste Mittel der Rationalisierung im Hochbau ansehen zu wollen. Die Maschine um ihrer selbst willen im Hochbau einzusetzen, müsse zu wirtschaftlichen Fehlschlüssen führen. Allerdings ist auch Garbow der Auffassung, daß die Mechanisierung im deutschen Hochbau geradezu im kläglichsten Anfangsstadium steht. Er führt das auf die mangelnde und einseitige Ausbildung des Bauingenieurs und des Architekten nach der betriebswirtschaftlichen Seite und auf die wirtschaftliche Struktur des Baugewerbes zurück.

Nach Garbow sind Großunternehmungen am Hochbau nur bis zu 2 Proz. tätig. Die ganze unzulässige und bedenkliche Zersplitterung des Baugewerbes geht auch am besten aus den Ergebnissen der Betriebszählung von 1928 hervor. Von den 226 946 festgestellten Betrieben entfallen nicht weniger als 79,5 Proz. auf den Kleinbetrieb (mit bis 5 Personen), 18,4 Proz. auf den Mittelbetrieb (6 bis 50 Personen) und nur 2,1 Proz. auf den eigentlichen Großbetrieb. Der Kleinbetrieb hat nicht die Mittel, um gründlich zu rationalisieren, wie der kleine Bauunternehmer an und für sich konsequenter ist und sich begünstigt durch eine falsche Mittelstandsposition, gegen Reuerungen wehrt. Garbow bezeichnet die Industrialisierung des Baugewerbes mit vollem Recht als Voraussetzung für die Anwendung der Maschine im Hochbau; die Idee der Typisierung und der Serienherstellung, die Notwendigkeit, den überlieferten Bauinhaber zu befreien, zwingt zum Zusammenschluß, der sich sehr wahrscheinlich in erster Linie in der Form von Genossenschaften vollziehen dürfte.

Die Siedlungstätigkeit in den Landkreisen.

Die Notwendigkeit, Landarbeiter, Kleinbauern und Kleinhandwerker in den östlichen Bezirken des Reiches anzusiedeln, hat die Landkreise veranlaßt, ihre rege Tätigkeit in der Siedlungstätigkeit anzubahnen. Die Organe der Landkreise sind durch ihre verschiedenartige Tätigkeit auf allen Gebieten der Verwaltung in der Lage, für die Durchführung der Ansiedlung sehr wesentliche Arbeit zu leisten. Die Landkreise wollen nicht in die Zuständigkeit derjenigen Stellen eingreifen, die bereits mit der Siedlungsarbeit beauftragt sind, d. h. der provinziellen Siedlungsgesellschaften und der staatlichen Kulturbehörden. Sie gehen vielmehr davon aus, daß sich bei der Durchführung des Siedlungswertes unshmer die Aufgabenverteilung in der Weise herbeiführen läßt, daß den provinziellen Siedlungsgesellschaften die Besiedlung des größeren zur Aufteilung gelangenden Grundbesitzes vorbehalten bleibt, während die Kreise in Zusammenarbeit mit den Kulturämtern die Besiedlung abgeteilter oder zur Aufteilung gelangender kleineren Flächen, etwa bis zur Größe von 400 Morgen bewirken wollen.

Unter dieser Voraussetzung hat der Landkreislog den zuständigen Instanzen vorgeschlagen, die Landkreise gleichberechtigt in die Siedlungstätigkeit einzuschalten und sie insbesondere zu Trägern des Siedlungsvorganges für die Ansiedlung von Landarbeitern, Kleinbauern und Kleinhandwerkern zu bestellen. In erster Linie wird diese Siedlungsarbeit durch die vorhandenen Organe der Landkreise ausgeführt werden können. Im Falle einer weiteren Ausdehnung der Siedlungstätigkeit in einzelnen Kreisen wird die Errichtung einer Kreis-Siedlungsgesellschaft in Frage kommen, die nach Anweisung des Kreisauflusses zu arbeiten hätte. Erfreulicherweise hat sich der Siedlungsausschuß des Reichstages diesem Gedanken bereits angeschlossen; er hat in einer Entscheidung die Einschaltung der Landkreise für die Landarbeiter-Siedlung gewünscht und zum Ausdruck gebracht, daß den Kreisen zu diesem Zweck die gleichen Kredite, Anwarts-, Nachweilungs- und Einrichtungsgeld, gewährt werden sollen wie den sonstigen mit der Siedlung betrauten Stellen. Auch das preussische Landwirtschaftsministerium steht dieser Fortentwicklung der Siedlungstätigkeit durch die Landkreise freundlich gegenüber und wird dabei zu einem wesentlichen Teil vom Preussischen Landtag unterstützt. Wenn die schwebenden Verhandlungen zum Ziele führen, wird das Siedlungswort eine bemerkenswerte Förderung erhalten.

Weiterbericht der öffentlichen Westdeutschen Berlin und Umgebung (Köln, verb.). Wollig bis heiß, trocken, Landarbeiten wenig verändert, bei blauen Winden. — Für Deutschland: Morgen: wesentliche Änderung des bestehenden Siedlungscharakters.

Mängel im Krankenhauswesen.

Geld für Gesundheitspflege ist produktiv angelegt.

Vorschläge zu Änderungen der Organisation der Berliner Krankenhäuser machte in der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege der Stadtarzt Dr. Korach. Nicht nur die Ueberfüllung der Krankenhäuser, die bei der Unmöglichkeit, in dichtbesiedelten Wohnungen Kranke zu pflegen, sehr zugenommen hat, wird als schwerer Mangel empfunden. Auch innere Mängel, die in den Krankenhäusern seit langem bestehen, rechtfertigen das Verlangen nach Abhilfe.

Dr. Korach stellte an die Spitze die Forderung, daß in den Krankenhäusern besondere Kinderabteilungen eingerichtet werden. In den allgemeinen Krankenhäusern gibt es Kinderstationen, und manche sind sogar sehr beträchtlich. Aber sie sind nicht selbständige Abteilungen, sondern Bestandteile der Abteilungen für innere Krankheiten. Geleitet werden sie nicht von Fachkräften der Kinderheilkunde, sondern von dem Oberarzt der Abteilung für innere Krankheiten. Selbständige Abteilungen forderte Dr. Korach auch für einige andere Krankheitsgruppen, z. B. für Nervenzentralnerven, für Geschlechtskrankheiten. Uebrigens seien diese Krankenhausabteilungen so groß, daß ohnedies eine Teilung zu wünschen wäre. Dabei müßte die Zahl der Assistenten vermehrt werden. Dr. Korach erörterte dann die Frage der Mütter- und Säuglingsheime, an denen es noch sehr fehlt. Wenn man die nötigen Mittel hergäbe, könnten in Berlin jährlich noch 1000 bis 1500 Säuglinge mehr am Leben bleiben. Wünschenswert ist auch, daß die Entbindungsanstalten erweitert und vermehrt werden, um dem Bedürfnis zu genügen. Dasselbe wird bald für die Irrenanstalten nötig sein, deren Inanspruchnahme in den Kriegsjahren zurückgegangen war, aber in neuerer Zeit wieder gestiegen ist.

Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die in den Jahren der Not vernachlässigten Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege jetzt zu lösen, schloß Stadtarzt Dr. Korach seinen Vortrag. Aufwendungen, die der Gesundheitspflege dienen, sind — sagte er — Aufwendungen für produktive Zwecke. Die Frage, was produktiv ist, muß nicht vom warentkonomischen, sondern vom menschenökonomischen Standpunkt aus beantwortet werden. Von diesem Standpunkt aus rechtfertigt es sich auch, bedeutende Mittel aus Anleihen für die öffentliche Gesundheitspflege bereitzustellen.

66000 Autos in Berlin.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge in Berlin ist gegenüber dem Vormonat um 1444 gestiegen; am 1. März z. B. belief sich der Bestand an Kraftfahrzeugen auf 64 513, am 1. April auf 66 257. Die größte Steigerung (918) auf 15 581 auf 16 499 gelben Kraftwagen. Die Zahl der privaten Personenkraftwagen hat um 600 zugenommen, sie belief sich am 1. April auf 23 048. Lastkraftwagen standen mit 12 384 225 mehr im Verkehr als einen Monat früher, die Anzahl

der Kleintrafäder hat sich von 4536 auf 4641, die der Kraftomnibusse von 624 auf 636 erhöht. Kraftdroschken waren am 1. April 16 weniger im Betrieb als am 1. März (9154 gegen 9179). Von 1058 neu zugelassenen Personenkraftwagen war fast die Hälfte (505) ausländischen Ursprungs. 356 stammten aus Amerika, 56 aus Frankreich, 46 aus Italien, 40 aus Desterreich, 6 aus Belgien und 1 aus England. Von 368 Lastkraftwagen kamen 146 aus dem Ausland, und zwar hatten sämtliche Wagen, mit Ausnahme von 4 aus Frankreich und je 1 aus Italien, aus Spanien Amerika als Ursprungsland. Die meisten ausländischen Kraftdroschken — 138 von 225 überhaupt — waren englischen Ursprungs, von den übrigen 87 kamen 81 aus Belgien, 5 aus Frankreich und 1 aus Italien.

Umstellung auf dem Baumarkt.

Der erste Bericht der Reichsforschungsgesellschaft.

Die aus dem Reichstypenausschuß hervorgegangene Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hielt am Dienstag im ehemaligen Herrenhaus ihre erste Mitgliederversammlung ab. Auf Grund des Beschlusses vom 2. Juni 1927 hat das Reich der Gesellschaft 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um die höchste Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen zu ermitteln und zu verbreiten.

Die Gesellschaft beschränkt sich nicht auf die bloße Ausbildung und Entwicklung von wirtschaftlichen Methoden, sondern erprobt sie auch in Versuchsbauten bzw. Versuchssiedlungen. So sind bis jetzt rund 1,2 Millionen Mark für Versuche zur Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit der angewandten Bauteile, Baumaterialien und sonstiger Geräte aufgewandt worden. In Dessau werden beim Bau von 256 Wohnungen 3 Leichtkrane, 8 Stahlschneidmaschinen mit Handhalten und je 3 Bandförderanlagen, Schaufelbrecher, Pflanzmaschinen und Erdbeuger ausprobiert. Gebaut wird natürlich in Serien.

Bei den Versuchsbauten in Stuttgart (60 Wohnungen) wird eine große Zahl von grundlegend verschiedenen Bauverfahren an einer Stelle angewandt, um auf diese Weise wichtige Vergleichsmöglichkeiten unter gleichen klimatischen Bedingungen zu schaffen. In München, wo 19 Häuser gebaut werden, will man feststellen, wie sich verschiedene Bauverfahren bei gleichartigen Grundrissen auswirken, und in Frankfurt a. M. (900 Häuser) soll das Serienbauverfahren mit Bimsbetonplatten erprobt werden.

Besondere Beachtung haben die Typisierung und die Mechanisierung durch die Reichsforschungsgesellschaft gefunden. Prof. Wolff-Breslau kommt zu dem Schluß, daß bei Bauten mit strenger Typisierung und Serienherstellung eine Preisspanne von etwa 17 Proz. der gesamten Baukosten bestehen kann gegenüber Bauten ohne Typisierung und ohne Serienherstellung. Es kommt nach Wolff darauf an, nicht nur konventionelle Bauformen zahlenmäßig zu verbilligen, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet das bestmögliche, das Optimum, zu finden. Von allgemeiner Bedeutung dürfte nach folgender

Bei Gicht, Ischias, Nerven- u. Kopfschmerz, Rheuma, Grippe, Erkältungskrankheiten haben sich Togonal-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt!



In allen Apotheken Dreis Mk. 1.50

Togonal schenkt die Hausapotheke

Pofers Irrtum.

Von Berner Richter.
(Schluß.)

Früh schon am Montag bestellte er den Personalchef, der allerdings verlegen bedauerte, nichts Neues über Fräulein Trautwein berichten zu können, außer etwa, daß die Uninteressiertheit, mit der sie ihre Arbeit tat, sich verstärkt habe. So blieb nichts übrig, als Herrn Timm selbst zu hören. Ein zweiter Elfbrief ging an ihn ab, und wieder erschien in der Abenddämmerung Timms höhere Gestalt vor der Posttür. Aber wie hatte er sich in den wenigen Wochen verändert! In einer vor Neuheit knatternden Lederjoppe wartete er kaum ab, zum Sitzen aufgefordert zu werden, schlug vielmehr sofort ein Bein über das andere und ließ einen eleganten Lackhandschuh aus modischstem Beinteid herausschnellen. Pofers mußte sich verblüffen über sein Angebot von neulich wiederholte und sich freuen würde, wenn Timm sich nunmehr entschieden hätte.

„Dies ist alles leider nicht mehr aktuell.“ sagte hierauf schmettern eingeleitet Herr Timm. „Denn ich muß Ihnen mitteilen, daß ich mich inzwischen mit Fräulein Aida Kubisch, der Stieftochter des stillen Teilhabers unserer Firma, verlobt habe, — weshalb Ihr wertiges Angebot nicht mehr für mich in Frage kommt.“

Einen Augenblick lang geriebtes Pofers lächelte über alle seine Manieren. „Das wäre stark!“ schrie er, die Faust auf die Tischplatte schmetternd. Dieser junge Mensch, dieser reine Garmentschmied, ein Geschäft mit ihm, Pofers, abzulehnen, ihm die Erleichterung seines Gewissens, für die er fürzlich bezahlet wollte, zornisch zu verweigern! „Ich bin übrigens“, fuhr Timm aber inzwischen unbeeindruckt fort, „keineswegs, wie Sie zu denken scheinen, aus minderwertiger Familie; mein Vater ist Kunstmaler, Professor, seit dem Kriege allerdings verarmt; trotzdem erleichtert mir das einiges.“

Pofers stieß durch die Nase ein paar schnarrende Erregungstöne, die einst bei seinen Gegnern im Ringkampf ebenso gefürchtet wären wie jetzt noch bei Aufsichtsratsitzungen, und war wieder gefaßt; angriffslos hob sich sein dreieckiger Doggenkopf aus breit waltierten Schultern. „Also bitte, was soll das heißen?“ fragte er, „Fräulein Trautwein rechnet, wie Sie wissen, fest auf Sie.“ Und indem er alles Gewicht seiner vielsachen Würden in seine Stimme legte: „Solche Verpflichtungen lassen sich nicht einfach abstreifen, — zumal ich ja entschlossen bin, Ihnen die Wege möglichst zu ebnen.“

„Verzeihen Sie die Frage“, sagte hierauf Timm und legte die Lippen in unerschämter Höflichkeit, „was soll ich darunter verstehen? Werden Sie mir, wenn es hoch kommt, mehr bereiten als ein Glück für einen besseren bilanzsicheren Buchhalter? Abgesehen davon, daß dies ein Akt der Wohlthätigkeit wäre, dessen Motive ganz dunkel sind, also einen Kaufmann zu doppelter Vorsicht mahnen —“ Und obgleich Pofers hier empört aufstehen wollte, beachtete Timm seinen Satz: „Kurz und gut, ich will höher hinauf, dorthin, wo die wirklichen Geschäfte gemacht werden, dorthin, Sie werden es mir nicht verdragen, wo Sie selbst sind, Herr Generaldirektor. Darum heirate ich Fräulein Kubisch.“

„Und Fräulein Trautwein?“ erwiderte Pofers, „was wird aus ihr, die doch bestimmt damit rechnet, von Ihnen geheiratet zu werden?“ Er spürte plötzlich, wie die tagüber verbrauchte Luft des Bureauhauses das Sprechen schwer machte.

Timm lächelte kühl. „Rechnet sie wirklich damit? Haben Sie sie danach gefragt?“ Und da Pofers mit einer stummen Bewegung verneinen mußte, folgte er: „Nun also! Was erwarten denn auch heutzutage solche Mädchen? Ein bißchen Spaß, ein bißchen Tanzen, die und da einen Ausflug oder ein billiges Sommerkleid. Daß sie von strebsamen Leuten nicht geheiratet werden, wissen sie längst.“

„Das also“, schnaubte Pofers nun ehrlich entrüstet, „nennen Sie strebsam? In meiner Jugend, kann ich Ihnen sagen, verstand man etwas anderes darunter. Ich danke. Eine feine Moral ist das. Wohl die berühmte Moral der jungen Generation?“

Timm ließ sich nicht beirren: „Nachen wir uns doch nichts vor.“ sagte er, „Seien mir einmal ganz nüchtern, Mann zu Mann. Was ist denn los? Nichts weiter, als daß wir junge Generation uns auf Kommando der alten vier Jahre lang im tiefsten Dred umhergeschlagen mußten. — Ich bin Frontkrieger, Herr Generaldirektor — und daß inzwischen einige rekonvaleszierte Leute unsere Karrieren gemacht haben. Diese Leute gibt es nun einzuholen. Das ist das ganze Geheimnis: keine Zeit haben wir, besonders nicht für Sentimentalitäten.“

Pofers fühlte sich versagen. Gegenüber dieser raschen Junge und diesen kalten, gelben Schien ihm sein Gehirn plötzlich abgenutzt und eigenlich nur noch mit Meder gefüllt. Er schüttelte den Kopf: „Ich werde diese Zeit nicht mehr verstehen.“

Timm verbeugte sich höflich in seinem Sessel: „Umgekehrt! Diese Zeit hat erst allmählich gelernt, Sie zu verstehen. Ihre staunenswerten geschäftlichen Erfolge verdanken Sie ja nur der Tatsache, daß Sie Ihrer Zeit voran waren, gestern und vorgestern bereits mit Reiseden arbeiteten, die heute allgemein sind; unter peinlicher Ausschaltung jeden Ballastes von Gutmütigkeit und anderer Sentimentalitäten. Darum bin ich überzeugt, in meiner Situation würden Sie, genau wie ich, Fräulein Kubisch heiraten. Oder können Sie das leugnen?“

Was war das? Wollte ihn dieser Fant etwa gar noch zur Rede stellen? Ihn der gleichen lächerigen Moral beschuldigen, wie sie jetzt, in diesen verrosteten Zeiten, leider im Schwunge war? Ihn, der es wahrhaftig nicht leicht gehabt hatte, sich durchzukämpfen? Welche Schmerzen allein hatte er, die Zähne zusammengebissen, ertragen müssen, als es galt, sich die alten Tätowierungen von Arm und Brust beseitigen zu lassen! Oder wie schwer war es nur gewesen, sich materielle Laßlichkeiten anzueignen und etwa, nachdem er zum Entzücken der Keilner mehrmals Grünzeug verschlungen hatte, zu lernen, wo auf den servierten Platten das Eßbare aufhörte und die Garnierung begann. Was ahnte dies verhätschelte Kunstmalerjüngling von solchen tausendfachen und grenzenlosen Mühen!

So würgte Pofers an einer groben Antwort — und brachte sie doch nicht hervor. Er betrißelte nur wild das Wächstlein seiner Schreibunterlage: Henriettes Bild nämlich war plötzlich vor ihm aufgetaucht; übermächtig mit geweilten Pupillen kam es wie auf einer Filmleinwand auf ihn zu. Wie bedrängte sie ihn auf einmal — diese im Leben so gutmütige, breite Holländerin, deren schwacher Herzmuskel nur dem allzu plötzlichen anschwellendem Wohlleben nicht hatte standhalten können und deren ganze, ihr so verderbliche Körperfülle nun doch in jener schwarzen Rarmorurne Platz gefunden hatte, die, unter pompösen Joppressen beigeleitet, jeden Monat einmal Pofers pflichtschuldig Besuch empfing. Was erschien sie, seine gute Frau, plötzlich und machte ihn widerstandslos diesem jungen Richtspruch gegenüber?

„Dies dürfte kaum hierher gehören.“ war endlich alles, was er, halb vor sich hin, zu erwidern vermochte; im übrigen sehe er ein, daß an Herrn Timms Entschluß nichts mehr zu ändern sei, weshalb er ihm zu seiner Verbindung mit dem angesehenen Hause Lindenlaub u. Sohn gratuliere. — Hiermit fand die Unterredung ihren Abschluß.

Wein geblieben, nach Pofers mit dem Brieföffner zwei drei nachdenkliche Böcher in die Luft, indes das tollende Geräusch des Fahrstuhls, in dem Timm sich entfernte, immer noch durch die stillen Mauern des Bureauhauses drang. Zweifello: diesem Manne war Aida Kubisch die gleiche Chance, die ihm Henriette gewesen war. Alles wiederholte sich offenbar in dieser Welt und zwar mit einer Genauigkeit, die schon mehr als lächerlich und gegen die man selbst eigentlich machtlos war. Dabei es wohl auch vorgelesen, und unvermeidlich war, daß die Emma Trautwein immer die Leidtragenden blieben.

Mit dünnem Bohren Kopfte Pofers sich vor die Stirn. „Natürlich“, murmelte er, „natürlich!“ Und mit einem leichten Schlag, der auf das große, tolle Vorderhaupt gewaltig niederknallte, wie einst vor Jahren auf die Nasen gegnerischer Ringer, wiederholte er laut, klar und völlig überzeugt: „Aber natürlich!“

Der Bettler.

Von Max Barthel.

In dunkler Straße an der Elendmauer,
Betroffen von der Nacht und Regenpflaue
Ein Bettler steht und streckt die Hand
In stummer Klage von der grauen Wand.

Die Wand dahinter flüht ein altes Haus
Und schickt die Trauer vieler Jahre aus,
Viel Kindertränen und viel Wehgeschrei
Und Müdigkeit wie abgestorbenes Vieh.

Da weht ein Mädchen aus der Straßenslut
Und küßt in dunkler Gasse ihre Glut,
Verküßt den Schmerz an einer kühlen Wand
Nicht weit von jenem Bettler mit der armen Hand.

Und als sie dann zurück ins Leben geht
An jener Hand vorbei, die Fluch und halb Gebet,
Da gibt sie, was vor einer Stunde sie empfing,
Als ein Betrunkener ihr am Halse hing.

Der Bettler starrt verwundert auf das viele Geld,
Er zittert und versteht nicht mehr die Welt,
Dann aber geht er in das nahe Licht,
Das laubendjüngig alle Lust verspricht.

Die Sterne stehen hoch im roten Rauch
Über der Stadt, dem dunstgefüllten Bauch,
Dem Schlang mit abgestandnem Wein,
Dem irren Sein, dem wirren Schein.

Der Lichtreflexe Schrei verführt ihn nicht,
Das Elend armer Mädchen rührt ihn nicht,
Der Bettler hat sein Herz in der Gewalt
Und hält das Geld wie einen Raub umkrallt.

Er geht im Panzer ungeheurer Macht
Berauscht am Saum der irren Nacht,
Verzauert geht er, wild und reich,
Und fühlt sich jedem Herren gleich.

Dann aber, ehe sinkt die Nacht,
Erstrahlt sein Herz in größter Pracht,
Er ist gefüllt und der Dunst von Wein
Hüllt ihn mit einem Feuermantel ein.

Am nächsten Abend aber steht in stummer Trauer
Der Bettler wieder an der leeren Mauer
Und wartet, wartet, ist erglöhnt und kalt,
Ist abgetan, erledigt, krank und alt . . .

Poseidons Stadt.

Aus Korinths Glücks- und Unheiltagen.

Die Zerstörung Korinths durch Erdbeben erschütterte uns mehr als die anderen furchtbaren Katastrophen, die aus Bulgarien berichtet werden, denn mit dem Namen Korinth ist für uns eine Vorstellung altgriechischen Glanzes, hellenischer Kunst und Schönheit verbunden. Hier ist jene elegante Form der Säule geschaffen worden, die wir noch heute nach den Korinthern benennen; hier entspringen sich die Anfänge dramatischer Kunst, und die reichste Stadt des alten Griechenlands wird uns von den klassischen Schriftstellern als ein Wunder der Pracht geschildert. Freilich das neue Korinth, das jetzt so schwer gelitten hat, hat mit der uralten Gründung des legendarischen Siphos nichts mehr zu tun. Die Stadt wurde etwa 5 km von der Stätte des alten Korinth erbaut, nachdem ein Erdbeben gerade vor 70 Jahren den noch langem Hinsichen wieder erblickten Ort vernichtet hatte. Wie es im Völker- und im Menschenleben so oft vorkommt, ist das „älteste Korinth“ auch von besonderem Unglück heimgesucht worden. Die Stadt ist im Verlauf der Geschichte öfters in einen Trümmerhaufen verwandelt worden, aber dank der besonders günstigen Lage hat sie sich immer wieder wie ein Phönix aus der Asche erhoben. Die Geschichte Korinths verliert sich im Dunkel der Sagen. Die Stadt wurde zuerst Ephra genannt, von Ionien, Aeolien und zuletzt von Doriern besiedelt und tritt erst in das Licht der Geschichte unter der Herrschaft der Bacchiaden, die von dem Tyrannen Kypselos gestürzt wurde. Sein Sohn Periander war der berühmteste unter den Tyrannen des alten Griechenlands, der wegen seiner überlegenen Klugheit zu den sieben Weisen gerechnet wurde. Unter seinem Neffen Flammetich endete die Herrschaft der Kypseliden, die der Stadt eine Vormachtstellung gebracht hatte. Im 7. und 8. vorchristlichen Jahrhundert befand sich Korinth auf der Höhe seines Ruhmes und seiner Größe. Bis ins 3. und 2. Jahrhundert blieb es trotz aller Niederlagen die größte und reichste Stadt Griechenlands.

Die günstige Lage zwischen zwei Meeren, die Schwierigkeit, den Peloponnes zu umschiffen, und die Reichigkeit, Waren und Schiffe über die Landenge zu schaffen, machten Korinth zum wichtigsten Handelsplatz. Daneben aber war es auch ein großes Industriezentrum, in dem feine und schön gefärbte Gewebe, Leinwand und Erzarbeiten von Tausenden von Arbeitern hergestellt wurden. Korinth soll 800 000 Einwohner gehabt haben, die in der Vaterstadt selbst, in den Kolonien und auf der Flotte über 500 000 Sklaven besaßen. Zahlreiche Kolonien wurden von hier aus gegründet. Ko-

rinths Musiker und Musiker waren berühmt, aber noch berühmter war der Lugal, der sich hier entwickelte. Die „goldene Jugend“ der Stadt verschwendete die Reichtümer an der Tafel und für schöne Feiern, deren berühmteste Lais war. Die Verehrung des Poseidon war hier heimisch, mit dessen Kult die schismatischen Spiele verbunden waren. Über diese reichen Handelsherren und Genießer waren kein kriegerisches Volk. Als ihnen durch den Aufschwung Athens eine Nebenbuhlerin entstand, lachten sie sich des ichtigen Gegners in Kriegen zu entledigen, in denen sie aber unterlagen. Darauf traten sie auf die Seite von Sparta, und Korinths Gogenlag zu Athen führte schließlich zum Peloponnesischen Kriege. Seitdem war die reiche Stadt dauernd von dem kriegerischen Sparta abhängig, wurde dann unter der Herrschaft der Mazedonier als eine der „hellenen“ Griechenlands stark befestigt, und stand im letzten Kampf für Griechenlands Unabhängigkeit an erster Stelle. Dafür hatte die Stadt noch der Eroberung durch den römischen Konsul Mummius schwer zu büßen. Der Eroberer ließ Korinth in Flammen aufgehen, nachdem er vorher eine unendliche Beute an Schätzen und Kunstwerken nach Rom geführt hatte. Ein Jahrhundert später machte Cäsar diese Barbarei wieder gut, indem er hier unter dem Namen Colonia Julia Corinthus eine Veteranen-Kolonie gründete, die rasch emporblühte. Mit dem Ende des römischen Kaiserreiches sank auch Korinths Glück und Handel wieder dahin. Von den Goten und Marich im 3. und 4. Jahrhundert ausgeplündert, von den Slaven im 8. verwüstet, wurde die Stadt 1205 von den Franken erobert, dann von den Byzantinern, Türken, Venezianern und dann wieder von den Türken beherrscht, und als sie sich nach der Befreiung 1822 wieder ein wenig erholt hatte, fiel sie dem Erdbeben von 1858 zum Opfer, so daß heute nur an der Stätte des alten Korinth noch ein elendes Dorf mit wenigen Ruinen übrig ist.

Mein Besuch bei Edison.

Von Anton Tschekow.

Ich besuchte Thomas Edison. Er ist ein sehr lieber und anständiger Herr. Alle seine Zimmer stehen getürmt voll Telephone, Mikrophone, Photophone und dergleichen mehr „Phone“.

„Ich bin Russell!“ riefte ich mich Edison vor. „Habe schon viel von Ihren Talenten gehört. Ihre Erfindungen sind zwar noch nicht in den Lehrplan unserer Mittelschulen aufgenommen, nichtsdestoweniger aber wird Ihr Name in den Zeitungen unter „Bermischtes“ häufig erwähnt.“

„Das freut mich sehr, doch mache ich Sie von vornherein darauf aufmerksam, daß ich Ihnen wahrhaftigen Gottes kein Geld pumpen kann!“

„Oh, ich bitte Sie auch nicht darum!“ Ich war ganz verlegen über diese unerwartete Ehrenkränkung.

„Sie entschuldigen, doch habe ich gelesen und gehört, daß es eine nationale Eigentümlichkeit der Russen sei, jedermann anzupumpen.“

„Aber ich bitte Sie!“ — — —

„Andernd lassen wir eine Weile da.“

„Nun, was haben Sie Schönes erfunden?“ fragte ich. „Sicher eine Teufelsmaschine von allerhand Dingen! Was ist denn zum Beispiel dies hier für ein Anhängergesetz?“

„Das ist ein Gastronomophon . . . Vor diese Öffnung hier stellen Sie eine glühende Kohle. . . drehen dieses Schraubchen auf, drücken auf dies Ding hier, schalten den Strom ein — und hundert bis zweihundert Meilen von hier entfernt rührt ein Spiegelbild dieser Kohle in vergrößertem Maßstab. Und auf dem Spiegelbild können Sie alles, was Sie nur wünschen, toden und braten.“

„Ah . . . was Sie nicht sagen! Und was ist das hier?“

„Das ist für Reisende ein ganz unentbehrliches Ding. Ich empfehle es Ihrer Beachtung. In unserem Gelde kostet es nur einen Rubel, in Ihrem — drei Angenommen. Sie reisen aus Rußland nach Amerika und lassen Ihre Frau zu Hause. Sie befinden sich ein, zwei, drei Jahre auf Reisen. . . Wer garantiert Ihnen dafür, daß Ihnen unterwegs nicht der Wunsch kommt, einen Sohn zu haben, dem Sie Ihren guten Namen vererben könnten? Sie brauchen dann nur sich vor diesen Draht zu stellen, einige Manipulationen vorzunehmen — und schon am nächsten Tag erhalten Sie ein Telegramm: Sohn geboren.“

„Bei uns in Rußland, Thomas Swanowitsch, macht man das viel einfacher. Man fährt nach Amerika und läßt einen Hausfreund zurück. Ein Telegramm bekommt man selbstverständlich nicht; lehrt man aber nach Hause zurück, so findet man nicht nur ein, sondern gleich drei bis vier Kinder vor, die einem „Guten Tag, Papachen!“ sagen. So wurde bei uns ein Arzt zu einer wissenschaftlichen Dienststelle ins Ausland beordert, und als er zurückkam, hatte er neun Töchter.“

„Und was tat er?“

„Gar nichts! Er fand eine wissenschaftliche Erklärung dafür: Nimmerepithel, Blutdruck und noch allerhand. Und was ist das hier für eine Rantiphonie?“

„Das ist eine Platte zum Gedanklesen. Man braucht sie bloß an die Stirn der Versuchsperson zu halten, den Strom einzuschalten — und schon sind die Geheimnisse enthüllt.“

„Bei uns in Rußland wird das übrigens viel einfacher gemacht. Man greift in den Schreibbüch, öffnet zwei bis drei Briefe — und alles liegt klar auf der Hand.“

Auf diese Weise besichtigte ich alle neuen Erfindungen Edisons. Meins Vordrehen gestehen ihm derartig, daß er beim Abschied es sich nicht nehmen ließ, zu mir zu sagen:

„Ach Gott, ja, ich will mal nicht so sein! Hier gebe ich Ihnen etwas Geld auf Pump!“
(Aus dem Nachlaß des Dichters überliefert von Hans Wolff.)

Die Erdrotation ändert sich. Der amerikanische Astronom Dr. Boh hat durch langjährige Sternbeobachtungen festgestellt, daß sich die Erde in ihrer Drehung an jedem Tag etwas ändert. Man wußte zwar schon seit einiger Zeit, daß die Sonne, der Mond und die Planeten Venus und Merkur Veränderungen zeigen, die auf eine verschiedene Rotationsgeschwindigkeit im Verlauf langer Jahre hindeuten. Nun hat Boh, wie in der „Umschau“ mitgeteilt wird, diese jährliche Veränderung der Stellungen der Sterne durch tägliche Veränderungen der Drehungsgeschwindigkeit der Erde erklärt. Damit stimmt überein, daß sich beim Kontrollieren der Uhrzeit nach dem Aufgehen der Sterne eine tägliche Veränderung der Abweichung zeigt. Der Grund für diese Drehungsgeschwindigkeit unserer Erde liegt wahrscheinlich in Flutbewegungen, die im Innern des Erdballs vor sich gehen. Diese Ansicht des Astronomen wird von dem berühmten amerikanischen Physiker Michelson unterstützt, der durch anderweitige Versuche nachgewiesen hat, daß Fluten im Innern der Erde durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen.

Körperkräfte der Bakterien. Der Wissenschaftler ist es gelungen, sogar auch die Körperkräfte der Bakterien zu messen. So konnte an Bakterien eine Austriebsgeschwindigkeit im Wasser beobachtet werden, die etwa einer Körperkraft entspricht, welche ein im Wasser sinkender Mensch aufwenden müßte, um sich auf einmal hundert- bis tausendmal schneller sinken zu lassen. Weder die Muskeln des Menschen könnten aber eine so viel schnellere Bewegung ausführen, noch würden seine Knochen dem Druck des Wassers widerstehen können. Eine andere an Bakterien ausgeführte Untersuchung ergab, daß sich der Choleraerregung in der Minute mit einer Schnelligkeit von 76 Millimeter fortbewegt. Im Verhältnis zu seiner Größe stellt dies eine richtige Schnellzuggeschwindigkeit dar, d. h. die Fortbewegung eines Zuges von 18 Meter in der Sekunde.

Mansfeld.

Das Hungerleben der Mansfeldkumpels. — Löhne von 3,30 M. bis 4,20 M.

Jahrhundertlang stehen die Bergproleten der Mansfelder Kupfergrube bauenden U.-G. mit ihren Löhnen und mit ihrer Arbeitszeit an letzter Stelle. Es gibt kein Bergrevier in Deutschland mehr, in welchem die Bergarbeiter noch so niederträchtig bezahlt werden und bei so langer Arbeitszeit wie in Mansfeld. Wenn also irgendwo eine besonders straffe gewerkschaftliche Organisation notwendig ist, dann in Mansfeld. Es ist einer der größten Schandflecken der kommunistischen Partei, daß sie es durch das Verschlagen des Bergarbeiterverbandes in diesem Revier fertig gebracht hat, die Mansfelder Kumpels daran zu hindern, aus ihrem Helotensdasein herauszukommen.

Die „erfolgreiche“ Arbeit der Kommunisten hat jedoch ihre Gründe. — Es ist bekannt, daß der ehemalige Berggewaltige von Mansfeld, Generaldirektor Vogelgang, am Ende selbst ein Opfer seiner reaktionären Politik wurde. Sein Nachfolger, Generaldirektor Dr. Max Heinholt, ist nicht besser. Löhne von vier Mark bei jechsfündiger Arbeits- bzw. zwölffündiger Schichtzeit sind keine Seltenheiten. Wer aber nun glaubt, daß die Arbeiter diesen „fürstlichen“ Lohn auch erhalten, irrt sich ganz gewaltig. Von den 4 M. sind noch etwa 70 Pf. für soziale Versicherungsbeiträge in Abzug zu bringen, so daß

in Wirklichkeit volljährigen Arbeitern ein Lohn von 3,30 M. ausbezahlt wird.

Es erübrigt sich, hierüber noch ein Wort zu sagen. Herr Heinholt ist auch nicht der Allwissende an diesen Zuständen. Von seinen Helfern, den Kommunisten abgesehen, ist es die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie, welche es nicht gestattet, Abschlüsse mit den Gewerkschaften zu machen. Anscheinend hält also auch sie diese Löhne noch für menschenwürdig.

Inzwischen haben sich die Dinge jedoch in Mansfeld bedeutend geändert. In zäher, mühsamer Arbeit ist es der Bezirksleitung in Halle des Deutschen Bergarbeiterverbandes gelungen, die Organisation wieder als schlagkräftiges Instrument der Arbeiter auf- und auszubauen. Nachdem das geschehen, konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß ernsthaft mit der Ausübung dieses Schandfleckes deutscher Lohnpolitik begonnen wurde. Der Lohnvertrag ist gekündigt; die Arbeiter sind bereit, gegebenenfalls auch von dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel Gebrauch zu machen.

Wenn Herr Direktor Dr. Ludwig die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für die Mansfelder Arbeiter, auch vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, verneint, dann braucht man diesen Gemütsathleten nicht besonders tragisch zu nehmen. Er befindet sich da ganz im Einklang mit seinen deutschnationalen Gefinnungsfreunden. Anders ist es jedoch zu bewerten, wenn

die Mansfeld U.-G. nicht genügende Rentabilität

ihrer Betriebe für die Verweigerung einer Lohnerhöhung ins Feld führt.

Hier sei vorweg bemerkt: die Mansfeld U.-G. besieht es immer wieder das Jahr 1913 als Vergleichsjahr heranzuziehen, das ist, gelinde gesagt, irreführend. Erstens waren 1913 die Kupferpreise besonders hochgetrieben und zweitens haben sich, wie ich noch beweisen werde, die Belegschaftsziffern ganz bedeutend geändert. Es geht nicht an, unvergleichbare Größen miteinander zu vergleichen. Immerhin soll zugegeben werden, daß die Kupferpreise in den Par Jahren eine im Sinne der Mansfeld U.-G. weniger erfreuliche Fortentwicklung genommen hatten. Aber auch hier hat die Entwicklung ab Ende 1927 einen neuen Kurs genommen. Die Preise für Kupfer gestiegen sich seit 1913 — also auch ich führe 1913, und zwar anderer Vergleiche wegen, mit an — wie folgt:

Für 100 Kilogramm Kupfer wurden gezahlt:

| | |
|------|------------------------|
| 1913 | 146,19 Mark |
| 1925 | 135,66 " |
| 1926 | 133,49 " |
| 1927 | 126,58 " (bis Oktober) |

Im November zeigte die Steigerung des Kupferpreises ein. Im Januar 1928 betrug der Preis 155,25 M.

Auf diesem Preis hat sich das Kupfer, von ganz geringfügigen Schwankungen abgesehen, bis heute gehalten. Die Tendenz ist fest. Gegen die ersten 10 Monate des Jahres 1927 ist eine Steigerung des Kupferpreises von rund 9 M. für 100 Kilogramm Kupfer eingetreten.

Die Leistungssteigerungen der Belegschaft.

Die Kupfererzeugung ist bei der Mansfeld U.-G. von 19 946 Tonnen in 1925 auf 23 038 Tonnen in 1927 gestiegen. Die monatliche Förderung und Erzeugung in den ersten vier Monaten 1928 dürfte eher eine Steigerung als einen Rückgang erfahren haben. Begt man jedoch nur den Preis von 1926 zugrunde, so ergibt sich folgendes Beispiel: Mehreinnahme aus erhöhter Erzeugung in den ersten vier Monaten 1928 von 1,391 Millionen Mark.

Aber bereits im Geschäftsbericht für 1925 sagte die Verwaltung der Mansfeld U.-G. folgendes: Die im vorjährigen Geschäftsbericht erwähnten, auf dem Gebiete der Rationalisierung gelegenen Maßnahmen haben in Verbindung mit einer erfreulichen Steigerung der Arbeitsleistung der Belegschaften dazu geführt, daß trotz einer gegen das Vorjahr um rund 2000 Mann verringerten Belegschaft die Förderung nur eine Verminderung um 0,8 Proz. erfahren hat.

Das Bild hat sich jedoch weiter zugunsten der Mansfeld U.-G. verschoben. Die Belegschaftsziffer im Kupferbergbau ist gesunken; die Leistung ganz wesentlich gestiegen. Gegen 1913 — der Vergleich aus 1913 immer Mansfeld zu Liebe — haben sich die Verhältnisse wie folgt gestaltet:

| Jahr | Zahl der in Fördrg. gewesenen Betriebe | Zahl der durchschn. beschäftigten Arbeiter | Kupfererzfördrg. in Tonnen |
|---|--|--|----------------------------|
| 1913 | 11 | 13 087 | 890 474 |
| 1924 | 9 | 12 012 | 734 600 |
| 1925 | 7 | 9 832 | 728 600 |
| 1926 | 6 | 10 153 | 830 000 |
| 1927 1. Quart. | 6 | 10 104 | |
| 1927 2. " | 6 | 9 502 | |
| 1927 3. " | 6 | 9 154 | |
| 1927 Durchschnittsförderung (ganzes Jahr) | | | 850 000 |

Eine Verminderung der Belegschaft um fast 4000 Mann bei annähernd gleicher Förderung. Die fast 40 Proz. betragende Leistungssteigerung hat sich

glänzend gelohnt für Aktionäre und Mitglieder des Aufsichtsrates.

Bei hohen Abschreibungen und Rücklagen für Beteiligungen an anderen Unternehmungen (Wolf-Konzern) wurden an Dividenden gezahlt: 1925 8 Proz., 1926 7 Proz. und 1927 7 Proz. Für 1927 aber sagt der Geschäftsbericht noch ausdrücklich: „Als die Heraushebung des Kupferpreises kam, war es für uns verhältnismäßig zu spät, um noch im Jahre 1927 die Früchte aus der Besserstellung der Preise in einem wünschenswerten Ausmaß zu ernten...“

Im Aufsichtsrat der Mansfeld U.-G. sitzen Herren mit hoch klingenden Namen. Es kümmert sie nicht, wenn die Belegschaft einen Durchschnittsalohn von 4,50 bis 4,70 M. (abzüglich Sozialbeiträge) zahlt. Es kümmert sie auch nicht, was eine ganze Anzahl Arbeiter mit einem Lohn von 3,30 M. pro Schicht anfangen können. Die Herren haben es nicht nötig, sich um solche Dinge zu kümmern. Hier ihre Lantenne. Es wurden gezahlt:

| | | |
|------|----------------------------|----------------|
| 1925 | an 30 Aufsichtsrats-Mitgl. | 168 793,— Mark |
| 1926 | 19 | 88 553,— " |
| 1927 | 19 | 93 795,— " |

In drei Jahren insgesamt 346 143,— Mark

für die neunzehn bezw. zwanzig Aufsichtsräte. Das sind aber Einnahmen nur so nebenbei für die Herren.

Ist der Groll der Mansfelder Arbeiter angesichts solcher Zustände denn so schwer verständlich? Möge man dafür sorgen, daß er sich nicht entläßt! A. Balke, Bochum.

„Der „Vorwärts“ meint, der Schmalenbach-Ausschuß habe die Wettbewerbsverhältnisse und ihre Verfallsfolgen nicht auch untersucht. Bekanntlich ist diese Aufgabe dem Ausschuss aber gar nicht gestellt worden.“

Wirklich: bekanntlich! Das Gutachten beginnt nun wörtlich mit folgender Einleitung:

Der Aufgabekreis der Kommission war wie folgt bezeichnet:

Die gegenwärtige Lage des Rheinisch-Westfälischen Steintohlenbergbaus unter besonderer Berücksichtigung der Wettbewerbsverhältnisse und der Rentabilität.

Nur aus Furcht, bis Ende März nicht fertig werden zu können, hat die Kommission im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium auf die Bearbeitung der Wettbewerbsverhältnisse verzichtet. Man kann den Zeitmangel als Entschuldigung gelten lassen, aber die sachliche Lücke des Gutachtens bleibt bestehen und erwertet seine Brauchbarkeit für die Beurteilung der aktuellen Fragen. Wenn der Reichskohlenrat demnächst die Frage der Preispolitik des Syndikats zu prüfen haben wird, wird er die Wettbewerbsverhältnisse und die Frage, ob die herrschende Einstellung auf sie die volkswirtschaftlich zweckmäßige ist, besonders zu berücksichtigen haben, was „bekanntlich“ auch das Reichswirtschaftsministerium bei der Bezeichnung des Aufgabekreises der Schmalenbach-Kommission für notwendig hielt.

Die Herrschaft des Kupferkartells.

Steigende Metallpreise. — Eine internationale Kartellkonferenz für Zinn.

Auch im Monat April war das Weltmetallgeschäft sehr lebhaft, und besonders die Industrie in den Vereinigten Staaten nahm wesentlich mehr Metallrohstoffe auf als in den letzten Wochen des alten Jahres und im Januar. Der Monatsdurchschnittsverbrauch von Kupfer der amerikanischen Industrie ist für März und für Februar auf 70 000 Tonnen — nach 60 000 Tonnen im Dezember und Januar — erhöht.

Auch in Europa wurde mehr gekauft. In Deutschland war ein Rückgang der Käufe der metallverarbeitenden Industrie zu beobachten, was sich in der ersten Hälfte des Monats April an der Berliner, der Hamburger Börse und auch bei den Agenten des Kupferkartells auswirkte. Wenn die Preise der nachstehenden Tabelle trotzdem leicht ansteigen, so ist das eine Folge der stark erhöhten amerikanischen Käufe. Die Preisentwicklung in den letzten Wochen war folgende:

| | 100 Kilo kosteten am 30. März | 16. April | 20. April | 24. April 28 |
|------------------|-------------------------------|-----------|-----------|--------------|
| Blei | 40,25 | 41,— | 41,50 | 42,25 M. |
| Zinn | 487,— | 484,— | 482,— | 481,— " |
| Zink | 50,— | 50,75 | 52,— | 52,50 " |
| Elektrolytkupfer | 134,75 | 134,75 | 134,75 | 134,75 " |

Bei Kupfer zeigt sich, daß sich der Preis im ganzen Monat nicht ein einziges Mal verändert hat. Wir können sogar feststellen, daß Elektrolytkupfer in seinem Preise sich schon seit dem 2. März nicht mehr verändert hat. Für das internationale Kupferkartell ist das ein voller Erfolg. Es ist ihm während der anderthalbjährigen Dauer seines Bestehens gelungen, seine Machtpolitik durchzusetzen und sämtliche Unterbietungen von seinen Erzeugern und der Händler, die nicht zum Kartell gehören, zu unterbinden. Wie groß seine Macht ist, erhebt man daraus, daß die Kupferreserven Englands, die am 1. November 1926, dem Tage des offiziellen Beginns des Kupferkartells, etwa 35 000 Tonnen betragen, sich jetzt auf 7400 Tonnen senken. England führte im Durchschnitt in den letzten Monaten etwa 25 000 Tonnen Kupfer ein. Es ist also völlig in der Versorgung abhängig vom Kupferkartell. Das internationale Kupfergeschäft wurde vor der Schaffung des Kartells vorwiegend durch den Londoner Markt geregelt und die Kupferorganisation hat es möglich gemacht, den englischen Handel durch Aufnahme der in England vorhandenen Mengen auszufüllen.

Neben der Ausdehnung des Kupferkartells können wir noch eine fortschreitende Kartellbewegung in der Zinkwirtschaft feststellen. Für den 7. Mai ist eine Konferenz in Brüssel geplant, an der auch wider Erwarten die amerikanischen Zinterzeuger teilnehmen werden. Man will ein Kartell gründen, das vorläufig nur den Preis stabilisieren und eine zentrale statistische Stelle schaffen soll. Von einer Kontrolle der Erzeugung muß man absehen, da die Amerikaner durch ihre Gesetzgebung gezwungen sind, all solchen Erzeuger kartellen fernzubleiben. Auch die deutsche Zinkindustrie ist an der Konferenz beteiligt. Mit 84 000 Tonnen Jahreserzeugung spielt die deutsche Zinkwirtschaft nicht nur in Europa, sondern auch am Weltmarkt eine große Rolle.

Die Reichsbank hat in der dritten Aprilwoche ihre Kredite an die Wirtschaft wieder erheblich verringern können. Wechselbestände gingen um 213,1 auf 2035,6, Bombardbestände um 3,6 auf 36,0 Millionen zurück. Der hohe Wechselkurs vom Märzende mit 724 Millionen ist in den ersten drei Aprilwochen damit für den Betrag von 616 Millionen wieder ausgeglichen, und der Wechselbestand selbst ist nicht höher als etwa in der dritten Januarwoche. Die Reichsbanklandschaft scheint ziemlich flüssig zu sein, was sich auch aus der Vermehrung der unzerinslichen Gelder auf Girokonten um 57,1 auf 671,1 Millionen Mark ergibt. Reichsbanknoten und Rentenscheine stiegen im Zusammenhang mit diesen Bewegungen im Betrage von 255,0 Millionen in die Kassen der Reichsbank zurück. Die Goldbestände sind durch neue Käufe wieder um 21,88 auf 2040,9 Millionen gestiegen, die bedienungsfähigen Devisen haben um 24,73 auf 169,3 Millionen abgenommen. Seit Jahresbeginn hat die Reichsbank für rund 176 Millionen Mark neues Gold angekauft, darunter auch in der vergangenen Woche wieder sowjetrussisches Gold.

Eine Falschmeldung aus der Fahrradindustrie. Die Verwaltung der Dürtopp-Werke in Bielefeld teilt mit, daß die auch von uns wiedergegebene Meldung von einer großen Arbeiterentlassung und mangelnder Beschäftigung nicht zutrifft. Die schlechten Wetterverhältnisse hätten in diesem Jahre die Aufträge zwar niedriger gehalten, und es seien auch mit Rücksicht auf die kommende tote Saison und die unübersehbare Wirkung vieler Lohnlämpfe Arbeiterentlassungen erfolgt, keineswegs aber in dem gemeldeten hohen Umfang. Hinzugefügt wird, daß im Jahre 1927 die Dürtopp-Werke ihren Fahrradabatz mehr als verdoppelt hatten, und daß der Umsatz im ersten Quartal 1928 weiter gestiegen sei.

Hier ist Klarheit notwendig.

Zechenstilllegung, weil eine Nachuntersuchung abgelehnt wird

Die Zeche Johann Deimelsberg soll bekanntlich stillgelegt werden. Schon in diesem Fall sind die Unklarheiten so groß, daß man nicht weiß, ob die Stilllegung zu Recht erfolgt. Wir haben deshalb mit der betroffenen Belegschaft die Forderung an die preussische Regierung erhoben, die Verhältnisse auf Deimelsberg noch einmal auf das gründlichste zu prüfen, ebenso die Möglichkeiten zur Erhaltung der Zeche.

Aber auch für die benachbarte Zeche Zentrum IV/VI ist der Stilllegungsantrag von der Adler Bergbau U.-G. gestellt. Die Unklarheiten haben sich aber hier in einem geradezu sensationellen Maße gehäuft. Am 24. April fand im Oberbergamt zu Dortmund die Stilllegungsverhandlung unter Leitung des Oberbergamtsdirektors Dr. Weise statt. Vom Betriebsrat wurde darauf hingewiesen, daß die Untersuchungen sowohl auf Deimelsberg wie auf Zentrum IV/VI aus dem Jahre 1927 stammen, wo anormale Gebirgsverhältnisse vorlagen, und daß heute eine durchaus veränderte Situation gegeben sei. Deshalb sei für das erste Vierteljahr 1928 eine Nachuntersuchung erforderlich. Ausdrücklich wurde von den Organisationsvertretern betont, daß gegen die Stilllegung einer tatsächlich abgewirtschafteten Zeche aus volkswirtschaftlichen Gründen nichts eingewendet werden könne. Hier liegt aber ein derartiger Fall nicht vor. Es sei Aufgabe der zuständigen Behörden, bei ihren Untersuchungen sehr viel gründlicher vorzugehen. Vom Direktor des Adler-Konzerns wurde zugegeben, daß sich die allgemeinen Verhältnisse auf den beiden Zechen gebessert,

insbesondere die Kosten für die Wasserhebung sich verringert hätten. Die Vereinigung der beiden Zechen zu einer Schachtanlage lasse die Möglichkeit durchaus offen, ob die Belegschaft nicht ihre Arbeit behalten könne.

Dieses Eintreten des Direktors vom Adler-Konzern für die Erhaltung der beiden Zechen ist in hohem Maße beachtlich. Niemand kann von Außen untersuchen, ob besondere Gründe dafür vorliegen, daß der Adler-Konzern diese Stellung einnimmt. Jedenfalls ist es höchst verwunderlich, daß der Stilllegungskommissar, Oberbergamtsdirektor Dr. Weise, erklärte, daß er eine weitere Untersuchung für zwecklos halte. Klarheit kann in allen diesen Punkten nur die preussische Regierung schaffen, und es scheint in der Tat nötig zu sein, daß die Öffentlichkeit auf das preussische Handelsministerium scharfen Druck ausüben muß, damit das Erforderliche geschieht.

„Bekanntlich“ haben Chinesen keine Badzähne Eine Feststellung der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“.

Um eine falsche Behauptung glaubhaft erscheinen zu lassen, gibt es kein einfacheres Mittel, als sie mit „bekanntlich“ einzuleiten. Wer wagt es zu zweifeln, wenn man mit lähmen „bekanntlich“ der Fachmann die merkwürdigsten Dinge von den Chinesen behauptet.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ verteidigt begreiflicherweise die Arbeit der Mehrheit der Schmalenbach-Kommission für den Steintohlenbergbau und ist über freizügige Bemerkungen des „Vorwärts“ verdrossen, sie müssen als ungerechtfertigte Rüge gekennzeichnet werden. Das geschieht in Nr. 98 so:

Eine interessante Nachricht für alle Hausfrauen!

Es gibt vielerlei Süßspeisen, wie Flammeris, rote Grütze, Cremespeisen, Aufläufe usw., die Sie nur aus dem einzigartigen Mondamin bereiten. — Zwischendurch kochen Sie aber auch Puddings aus fertigem Puddingpulver. Daher wird es Sie gewiß interessieren, daß Ihr Kaufmann neben den bekannten Mondamin-Paketen jetzt auch ein fertiges

Puddingpulver aus echtem Mondamin führt. Dieser „Mondamin-Pudding“ ist in Päckchen zu 10, 15 oder 25 Pfg. erhältlich. Er wird Ihnen bestimmt sehr fein schmecken; denn nur dieses Puddingpulver wird aus echtem Mondamin hergestellt! Und deshalb werden Sie es nicht bereuen, wenn Sie schon beim nächsten Einkauf daran denken!

Neben Mondamin gibt's auch Mondamin-Pudding!



Theater, Lichtspiele usw.

| | |
|--|--|
| Freitag, 27. 4. 28 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 20 (5) Uhr Der Arzt wider Willen | Freitag, 27. 4. 28 Städtische Oper Bismarckstr. 10-Ten. III. 10-8 Elektra |
| Städt. Schauspiel. in Lindenpark 20 (5) Uhr Katalanische Schlacht | Städt. Schillerth. Charlottenburg 20 (5) Uhr Maß für Maß |

Volksbühne
Theater am Hölwigplatz 10. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die rote Robe

10. am Schiffbauerdamm
8 1/2 Uhr
Der Zigarettenkasten

SCALA
4 Uhr
holländ. 730f.
Das April-Sensations-Programm
mit zum ersten Male in Deutschland auftretenden Varieté-Kunstkräften.
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen:
1^o u. 8 Uhr — 2^o zu ermäßigter Preisen das ganze Programm.

Deutsches Theater
Norden 12 310
8 Uhr, Ende 10 1/2 U.
Pygmalion
von Bernard Shaw
deutsch v. Siegf. Tschich

Hammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 U., Ende nach 10
Zum 102. Mal
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Die Komödie
Bismarck 241/47316
8 1/2 U., Ende 10 1/2 U.
„Die Hassette“
Komödie von Carl Strindberg

Berliner Theater
Direktion Kühnert
Charlottenstr. 139/141. 10a. 111
8 1/2 Uhr
„Die Bolle Sisters“
Ein Berliner Volksstück von
Friedrich-Friedrich — Max Atter, Les 100, Les 100
Dienstag, den 1. Mai
Zum 1. Mal
Gespielt d. Deutschen Th.
Der Prozeß Mary Dugan

Lustspielhaus
Nr. 10. Marie 204
8 1/2 Uhr
Guido Thiloischer
in **„Unter Geschäftsaufsicht“**

Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
8 1/2 Uhr
Itara, d. wieder leuchtet

Letzte 4 Vorstellungen
Grosses Schauspielhaus
8 Uhr
REGIE: **CHAPPELL**
MADAME POMPADOUR

Komische Oper
8 1/2 Uhr Oper 1 1/2 Uhr
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
„Zieh' dich aus!“
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6. Tel. Mpl. 16073
Täglich 4 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr
Elite-Sänger
Gr. neuer April-Spielplan, u. a.
Die tolle Lolo
von Max Reinhardt
Am Stammplatz von B. Croé

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Fran Käte 1881
sich verführen
Lustspiel v.H. Sturm
Klinder, Kettner,
v. Mollendorf
Sonnt. 4 U. Kl. Preise
Tageszeiten der Liebe

Picatorebühne
Theater am
Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
8 Uhr:
Der letzte Kaiser
von Joan Rich. Bloch
u. Karlheinz Martin
Gastspiel im
Lesing-Theater
Norden 12798
8 Uhr
„Hochzeit“
v. Leo Lania
insz. Erwin Piscator

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr:
Heute zum 25. Male
Fritzi
Musik. Schwank
Deutsch. Polster.
Eibenschütz, Gortger,
Vespermann,
Manning.
Für Funkfreunde
halbe Preise.

Saltzburger-Bühne
Ost. Künstler-Tu
8 1/2 Uhr:
Schwarz-Weiß

Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr:
Der Graf von Luxemburg
Lichtenstein, Jolan,
Hoffmann, Kettner,
Hell, Fischer, Hofen
Sonntag 1/2 Uhr:
Kleine Preise
Paganini!

Reederei Bauer
Telephon: Friedrichshagen 132.
Ab BfH. Friedrichstraße (niederer Ausgang)
Zur Baumbliete in Werder!
mit dem Decksalondampfer „Berolina“
600 Personen fassend
Ab Sonntag, den 29. April, täglich
9 Uhr vormittags (außer Sonnabend)
Fahrpreis: Wochentags Hin- u. Rückfahrt Mk. 2,-
Sonntags
Kinder die Hälfte
Vermietungen von Dampfern an Vereine u. Gewerkschaften.

Reederei
Falckensteinstr. 49
Ab Sonntag, den 29. April
extra billige Frühlingfahrten
täglich 9 1/2 Uhr früh
nur ab Charlottenburg, Tegeler Weg
n. Landgericht III zw. Stadth. Jungfernheide u. Schloßbrücke
mit geschlossenen Decksalondampfern zur
Baumbliete in Werder
Hin und zurück 2,- Mk. Sonntags 3,- Mk. Freitags und
Sonnabends nur 1,5 Mk. Kinder die Hälfte
Bei warmem Wetter fahren auch offene Dampfer!

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72-73
4. Dyckerhoff's Erben
Planetarium am Zoo
frühes, beständiges Tech.
Noil. 1378
16 1/2, 18, 19 1/2, 21 U.
Im Reflektor der
Mitternachts-Sonne
Eintritt 1 M.
Kinder evtl. 1/2 Jahre 5,50

Rose Marie
Schloß 30. April.

Kleick
Moritzplatz 1197
Ab Sonntag, den 29. April
extra billige Frühlingfahrten
täglich 9 1/2 Uhr früh
nur ab Charlottenburg, Tegeler Weg
n. Landgericht III zw. Stadth. Jungfernheide u. Schloßbrücke
mit geschlossenen Decksalondampfern zur
Baumbliete in Werder
Hin und zurück 2,- Mk. Sonntags 3,- Mk. Freitags und
Sonnabends nur 1,5 Mk. Kinder die Hälfte
Bei warmem Wetter fahren auch offene Dampfer!

Ch. L. Admiralspalast
Letzte Woche!
Täglich 8 1/2 Uhr
Rose Marie
Schloß 30. April.

Renaissance-Theater
Steinplatz 90f.
8 Uhr **Krankheit der Jugend**
CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37.
Die schwebende Jungfrau
Ausscheiden Gutschein 1-4 Pers.
Pauteil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das lustigste Programm!
Nachm. halbe Preise
Dönhoff-Brett!
Varieté : Tanz : Konzert

Winter Garten
8 Uhr
das Programm
der
12 Attraktionen 12
Näheres siehe am Säulenring



Suma wäscht den Schmutz vollständig heraus. Suma gibt nicht nur scheinbare Reinheit. Suma entwickelt im Kessel Millionen Bläschen. Diese durchfluten die Wäsche, lösen allen Schmutz behutsam und spülen ihn empor. Suma wäscht auf neue, bessere Art; es wäscht reiner. Versuchen Sie Suma selbst! Millionen verwenden es schon ständig, weil sie es besser finden. Das werden auch Sie.

Wie ein Staubsauger—Suma verdankt seine erstaunliche Reinigungskraft seiner eigenartigen saugenden Wirkung. In Suma sind Bestandteile wirksam, die beim Kochen Ströme von Bläschen entwickeln, welche in starker sprudelnder Bewegung auch die feinsten Gewebemaschen durchspülen und den Schmutz von jedem Fädchen buchstäblich lossaugen.
Machen Sie mit Suma folgende einfache Probe: waschen Sie ein

Wäschestück mit einem beliebigen Waschmittel; waschen Sie es hinterher mit Suma. Sie werden staunen, wieviel Schmutz Suma noch aufstößt und berausholt. Dann werden auch Sie sagen: „Suma wäscht die Wäsche reiner!“ Kaufen Sie Suma noch heute und versuchen Sie es selbst.
Suma wäscht jede Art Wäsche; Leinen, Baumwolle, Wolle, Flanelle, weisse und farbige Sachen. Suma reinigt überhaupt alles was nasse Behandlung verträgt.



SUMA BLEICHT DIE WÄSCHE NICHT- ES WÄSCHT SIE WEISS!

Preis 45 Pf.

Möbel
BIS 20 MONATE KREDIT
7% nur 30 Tage auf die Ratenzahlung
Seeelisch
Fabrik: Rieger Straße 71-73
Landsberger Str. 56 / Rosenthaler Str. 9
COMPL. 735-762-814-880-963-
M. MAUSZIBITSCHEV
UND 4 STÜCKEN 697-682-908-1106
D. BÜHLER 471-561-768-856

